

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D14	18. November 2021
--------------------	--------------------------

D14-1	Normative Positionierung und demokratische Führungskompetenz. Ein Kommentar zur Bundestagswahl 2021 (Jörn Kruse)	2
D14-2	Brexit, revisited? (Stephanie von Wellinghoff)	5
D14-3	Energiewende: Welcome back Atom-Strom!? (Ulrike Trebesius)	6
D14-4	Die große demographische Umkehrung: “The future will be nothing like the past” (Jan Thieme)	8
D14-5	Die Fortschrittskoalition: Das Sondierungsergebnis von SPD, Grünen und FDP (Jan Thieme)	11
D14-6	Larmoyanz statt fundierter Analyse. Zum CDU-Ergebnis der Bundestagswahl 2021 (Jan Thieme)	14
D14-7	Dauerhafte Macht führt zu Trägheit und inhaltlicher Entleerung. Auch eine Antwort auf Jan Thieme (Jörn Kruse)	18
D14-8	Bundesverfassungsgericht zu Diensten der Regierung? Gewaltenteilung im Abbau. Ist es in Deutschland besser als in Polen? (Jörn Kruse)	22
D14-9	Diskurs-Ecke: Ein starkes Stück Meinung, aber welche Realität wird darin abgebildet? Kommentar zu D13-1: Land in Scherben von Ulrike Trebesius (Ralph Ehlers)	28

Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:

diskurshamburg@gmail.com .

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Wenn Sie einen Beitrag in DISKURS veröffentlichen möchten, senden sie ihn bitte im Word-Format an die genannte Mail-Adresse.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann dort kommentiert werden.

D14-1

Normative Positionierung und demokratische Führungskompetenz

Ein Kommentar zur Bundestagswahl 2021

Jörn Kruse

Man geht üblicherweise davon aus, dass die einzelnen Bürger diejenigen Parteien wählen, deren normative Positionen auf den relevanten Politikfeldern ihren eigenen Wertvorstellungen, politischen Meinungen und Interessen am besten entsprechen. Diesbezüglich präsentieren die Parteien ihre programmatischen Wahlaussagen so, dass sie ihre potentiellen Wähler-segmente in möglichst viele effektive Wählerstimmen umsetzen können. Davon hängt nicht nur ihr Einfluss bei inhaltlichen Themen ab, sondern auch die politischen Sitze und Ämter ihrer Funktionäre (Zahl der Parlamentsmandate, Regierungs- und sonstige Posten). Zuweilen müssen sie dazu einen Kompromiss zwischen ihren Wahlchancen und der „reinen Lehre“ der Partei machen.

Für die effektive Qualität der Politik von Parlament und Regierung und deren Ergebnisse sind jedoch noch weitere Faktoren relevant, nämlich die Fachkompetenzen und die Führungsfähigkeiten der gewählten Politiker. Ersteres wird in der Öffentlichkeit nur selten thematisiert, weil es von außenstehenden Journalisten auch kaum beurteilt werden kann. Es ist dennoch ein hochproblematisches Feld, da die typischen Karriereverläufe in Parteien und Parlamenten nur wenig von den individuellen Fachkompetenzen bestimmt werden,¹ wie das in anderen Bereichen der Gesellschaft üblich ist. Aber die Medien gewinnen im Laufe der Zeit einen Eindruck von den demokratischen Führungsfähigkeiten eines Politikers, was z.B. Teamfähigkeit, Entscheidungsfindung unter Stress, Umgang mit Mitarbeitern, Parlamentariern, Ministerien, Experten verschiedener Fachgebiete, Journalisten etc. einschließt.

In ähnlicher Weise gewinnen auch die Wähler einen Eindruck von den diesbezüglichen Fähigkeiten eines Politikers und machen diese gegebenenfalls (wenn es im konkreten Fall als Diskriminierungsmerkmal taugt) zum Entscheidungskriterium. Eine solche Situation war in ausgeprägter Weise bei der Bundestagswahl 2021 gegeben.

Verkürzt formuliert: Die Union und die Grünen haben nicht gegen die SPD verloren, sondern gegen Olaf Scholz. Dieser wurde von einem großen Teil der Wähler als kompetenter, erfahrener und tatkräftiger Politiker angesehen, ganz im Gegensatz zum CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet und zu Annalena Baerbock von den Grünen. Diesmal hat die Politikerkompetenz die inhaltlichen Positionen deutlich überlagert. Wie erstaunlich das Wahlergebnis eigentlich ist, wird deutlich, wenn man sich die Umfragewerte der Parteien seit der vorherigen Wahl und insbesondere in den letzten Monaten betrachtet.

Nachdem sie von den 70er bis zu den 90er Jahren oft über 40% der Stimmen auf sich ziehen konnte, hatte die ehemals stolze SPD bei der Bundestagswahl 2017 ein historisch schlechtes Ergebnis von 20,5% zu verkraften. Danach gingen die Umfragewerte noch weiter nach unten.² In den Jahren 2019 und 2020 schwankten diese zwischen 13 und 17%. Noch Anfang 2021

¹ Die für Politiker relevanten Karrieretreiber kann man in A-Faktoren (Elemente des politischen Handwerks) und B-Faktoren (inhaltliche Fachkompetenz) unterscheiden. Erstere überwiegen deutlich. Vgl. dazu Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 46ff.

² Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (<https://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm>)

hatte sie nur 15%, während die CDU auf 37% und die Grünen auf 20% kamen. Die SPD war also mit einer erbärmlichen Wählerzustimmung auf Platz drei verwiesen. Das änderte sich auch bis zum Juli 2021 nicht wesentlich. Die CDU war allerdings auf 28% abgesackt. Die Grünen hatten im Mai 2021 einen temporären Umfragefrühling und waren zwischendurch mit 25-26% gleichauf mit der Union.

Sechs Wochen vor der Wahl im August, als für die Bürger die Stimmabgabe psychologisch näher kam und konkreter wurde, begann der fulminante Scholz-Effekt. Die SPD überholte die Grünen ganz locker (22% versus 20%) und Anfang September auch die CDU (25% versus 22%). Trotz leichter CDU-Verbesserungen in der letzten Woche (24,1%) war damit der SPD-Wahlsieg mit 25,7% perfekt. Die Grünen landeten bei 14,8%, was gemessen an den Erwartungen als Niederlage gewertet wurde.

Derartig massive Prozentverschiebungen in so kurzer Zeit lassen sich jedenfalls nicht mit inhaltlich-politischen Verschiebungen der Wählerpräferenzen erklären. Es gab in der fraglichen Zeit auch keinen gravierenden Zufallseffekt wie die AKW-Havarie in Fukushima am 11. März 2011, die gut 2 Wochen später bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg den Grünen den Wahlsieg brachten und nachfolgend Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Während damals die Wählerwanderungen normativ bedingt waren, lassen sich die Verschiebungen im August/September 2021 nur durch die Spitzenkandidaten erklären.

Der von Journalisten oft als „Scholzomat“ bewusst und leichtfertig abgewertete Olaf Scholz hatte seine Rolle als Bundesfinanzminister optimal genutzt und die Wahlkampagne von langer Hand professionell vorbereitet. Dazu gehörte auch, die Parteivorsitzende Saskia Esken und den Partei-Vize Kevin Kühnert in den Kulissen zu verstecken -- ebenso wie deren Bereitschaft, das zu akzeptieren. Olaf Scholz war inhaltlich immer sehr gut vorbereitet und eierte auch bei kritischen Themen nicht herum. Er konnte seine zentralen Programmpunkte überzeugend in die mediale Öffentlichkeit bringen. Dass seine Rentengarantien unrealistisch und eher populistisch als nachhaltig waren, spielte im Wahlkampf keine Rolle (wie schon seit Norbert Blüm nicht). Scholz machte (im Gegensatz zu seinen Konkurrenten) keine Fehler und überzeugte die Wähler (trotz seiner Parteizugehörigkeit) als demokratische Führungsperson.

Ein Spitzenkandidat verändert auch nicht die normative Positionierung seiner Partei, auch wenn einige Journalisten das so sehen wollen. Das erforderte einen sehr viel längeren Prozess. Trotz Olaf Scholz ist die heutige SPD die linkeste seit Godesberg. Schon früher hatten erfolgreiche SPD-Kanzler wie Helmut Schmidt und Gerhard Schröder (der vorher auch einmal viel weiter links war) sich gegen ihre ganz linken Parteifreunde durchsetzen müssen. Dass diesen Führungspersonlichkeiten das gelang, kann man auch als Sieg der Kompetenz über die Ideologie (oder als Sieg der Praxis über die Theorie) bezeichnen. Hoffentlich schafft Olaf Scholz das auch.

Man stelle sich einmal vor, Olaf Scholz wäre nicht verfügbar gewesen und die SPD hätte die Abstimmungs-Siegerin um den Parteivorsitz von 2019, Saskia Esken, als Kanzlerkandidatin präsentiert. Dann hätte die SPD vermutlich Mühe gehabt, bei der Wahl die Zweistelligkeit an Stimmenprozenten zu retten -- vorausgesetzt, die CDU hätte eine/n überzeugenden Kanzlerkandidaten/in präsentiert.

Daran mangelte es der Union in eklatanter Weise. Armin Laschet, der Nordrhein-Westfalen offenbar gut verwaltet hatte, wurde bundespolitisch nicht als fachkompetenter, führungsstarker Politiker wahrgenommen. Nach sechzehn endlosen Merkel-Jahren wäre es erforderlich gewesen, ein eigenständiges Profil als „Kanzler für die Zukunft“ zu gewinnen, was auch Relativierungen und Kursänderungen gegenüber der großen Koalition mit sich gebracht hätte. Aber dazu fehlt ihm das Format, das Selbstbewusstsein und die Unterstützung seiner machtwortverwöhnten Partei. Markus Söder, der noch bis Ende 2020 „mein Platz ist in Bayern“ tönte, hat die Unions-

Misere mit seinen Querschüssen und mangelndem Teamgeist noch vergrößert. Inhalte waren bei beiden nicht ersichtlich, schon gar nicht in einem Rechts-Links-Muster. Mit Söder hat bei der Kanzlerkandidaten-Nominierung nicht der Konservative verloren, sondern der Opportunist.

Die Grünen hätten eigentlich die großen Sieger der Bundestagswahl sein können (bzw. müssen). Die Klimapolitik war das dominante Thema, das von den Medien exzessiv präsentiert wurde. Dies war eigentlich ein ideales Fundament für den Wahlkampf der Grünen, die locker 22% bis 25% hätten erreichen können. Das Problem war die Inkompetenz der vermeintlichen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock, die trotz ihrer vierzig Jahre keine Ausbildung, keinen Beruf und keine Erfahrung in irgendeinem öffentlichen Amt hatte. Dafür zeigte sie charakterliche Mängel und eine Diktion, bei der viele sich fragten, ob sie eigentlich etwas versteht von dem, worüber sie redet. Sie war das Gegenteil von „kanzlerin-geeignet“ und die Wähler haben es gemerkt oder mindestens gespürt. Robert Habeck hatte zwar etliche der notwendigen Voraussetzungen, aber den gravierenden Nachteil, dass er keine Frau ist. Die Fixierung auf die Weiblichkeit werden die Grünen vermutlich vier Jahre lang teuer bezahlen, was Einfluss (z.B. beim Klima) und Posten betrifft.

Die personelle Interpretation erklärt auch die drastische Wahlniederlage der Linken. Wenn sie nicht drei Direktmandate in Leipzig und Berlin gewonnen hätten, wären sie aus dem Parlament geflogen und vier Jahre (nahezu) unsichtbar gewesen. Was die Linken geritten hat, trotz einiger respektabler Politikerinnen und Politiker zwei derartig inkompetente und politisch randständige Personen wie Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow kurz vor der Bundestagswahl zu Parteivorsitzenden zu machen, kann man so erklären, dass der Partei die plakative linke Rhetorik wichtiger war als die Chance auf effektiven Einfluss. Da konnte auch der besonnene Dietmar Bartsch im Wahlkampf nichts mehr retten.

Die Dominanz von Führungsqualitäten über normative Positionen gilt auch für die CDU-Spitze. Normative Positionen von Parteien ändern sich nur sehr langsam. Die Chance auf deren Umsetzung ist allerdings oft situativ. Die Delegierten hatten auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2018 eine mittelmäßige Parteifunktionärin aus der saarländischen Provinz zur Parteivorsitzenden gewählt. Deren Fachkompetenz, Führungsqualität und Selbstbewusstsein waren zu keinem Zeitpunkt ersichtlich. Das Ende kam dann auch sehr schnell. Beim nächsten Versuch Anfang 2021 haben die CDU-Delegierten den gleichen Fehler noch einmal gemacht, was sie spätestens bei der Bundestagswahl gemerkt haben dürften.

Auch beim dritten Versuch jetzt im Dezember/Januar kommt es nicht auf normative Nuancen (oder gar die medial aufgeklebten Etiketten) an, sondern auf eine überzeugende Führungspersönlichkeit. Jeder Vorsitzende muss mit der CDU zurecht kommen, wie sich nun mal ist. Ob die CDU jetzt klüger als bei den letzten beiden Malen ist? Vielleicht fördert der Absturz aus der vermeintlich sicheren Position eines Kanzlerwahlverein die Erkenntnisse.

D14-2

Brexit, revisited?

Stephanie von Wellinghoff³

Der epochale britische Roman *Brideshead revisited* (Wiedersehen mit Brideshead) ist ein Buch der sentimentalischen Erinnerungen; ein Versuch, glückliche Zeiten zurückzuholen, und damit auch ein Buch über das Vergehen der Zeit. Letztlich jedoch scheitern die Hauptcharaktere des Romans daran, die Uhren der Zeit zurückzudrehen.

Auch wenn die Romanhandlung in den Zwischenkriegsjahren bzw. am Ende des Zweiten Weltkriegs spielt, so lassen sich doch einige Gedanken auf unsere heutige Auseinandersetzung in und mit dem Vereinigten Königreich übertragen. Von deutscher Seite ist in den vergangenen Wochen vielfach die Hoffnung geäußert worden, dass sich die Brexit-Entscheidung noch einmal revidieren lasse. Insbesondere, so wird vielfach gesagt, führten die zunehmende Energiekrise im Vereinigten Königreich, die Bilder von leeren Supermarktregalen sowie der Mangel an Fernfahrern zu einem Meinungswandel in der Bevölkerung. Versorgungsengpässe aufgrund der schärferen Einwanderungsregeln sowie mehr Zölle und Bürokratie, so die Argumentation, hätten die Lage in Großbritannien seit dem Brexit verschärft.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Vorstellungen eine typisch romantisierende Wahrnehmung auf der europäischen Seite des Kanals sind, die mit der Wirklichkeit auf der Insel nichts zu tun haben.

Erstens sind die beschriebenen ökonomischen Probleme weitgehend Folge der Pandemie, und hängen allenfalls indirekt mit Brexit zusammen. Viele Lastwagenfahrer aus der EU mussten während des Wirtschaftseinbruchs durch die Pandemie in ihre Heimatländer zurückkehren und können nach dem Brexit nicht ohne Weiteres wieder in Großbritannien leben und arbeiten. Außerdem sind Fahrer schlicht ausgefallen, weil sie sich in Quarantäne begeben mussten.

Zweitens sind derzeit viele andere europäische Länder, einschließlich Deutschlands, in ganz ähnlichem Maße von ökonomischen Schwierigkeiten betroffen. Auch in Deutschland klagen wir über Inflation und insbesondere steigende Energiekosten. Es muss uns jedoch klar sein, dass diese Phänomene in gewisser Weise unumgänglich sind, ja in gewisser Weise positive Anzeichen einer wiederanspringenden Wirtschaft nach einer langen Pandemie sind. Nachholeffekte treten derzeit überall auf, und die Wirtschaft muss sich erst wieder global neu justieren. Historisch ist belegt, dass es nach jeder größeren Pandemie zu Nachholeffekten, anziehenden Preisen und auch zu Logistikproblemen kommt.

Drittens ist es natürlich nicht von der Hand zu weisen, dass *auch* die Trennung von der Europäischen Union zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage (mit) beiträgt. Es ist doch natürlich und erwartbar, dass das Herauslösen einer ganzen Volkswirtschaft aus einem Handelsblock nicht ohne Umstellungsschwierigkeiten ablaufen kann. Handelsströme müssen umgestellt

³ Stephanie von Wellinghoff ist eine deutsche-britische freie Journalistin und lebt in Hamburg.

werden, neue Hindernisse tun sich auf, aber zugleich entstehen auch neue Chancen. Mit anderen Worten: ohne Kinderkrankheiten geht es leider nicht.

Aber – wie sagte Hermann Hesse so schön: *Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.* Auf Englisch gilt die Grundparole des Optimismus: *Every cloud has a silver lining.* Großbritannien ist bereits sehr erfolgreich dabei, seine Volkswirtschaft umzustellen, und sobald die Folgen der Pandemie überwunden sind, wird die neue Architektur in vollem Glanz zu bewundern sein. Downing Street hat bereits einige neue Freihandelsabkommen ausgehandelt; neue kommen hinzu. Auch außenpolitisch hat man neues Gewicht gewonnen, wie der kürzliche Coup einer Indopazifik-Allianz mit den USA und Australien (unter Dümpierung Frankreichs) gezeigt hat.

Innenpolitisch ist nach meinem Eindruck die Unterstützung für den Brexit ungebrochen, und alle Hoffnungen deutscher Medien, einen Stimmungswandel herbeizudeuten, dürften mit dem Überwinden der Pandemie von der Macht des Faktischen erledigt sein. Insbesondere der harte, herrische Kurs aus Brüssel in der Nordirland-Frage trägt viel zu Verhärtung der Stimmung bei und spielt den Brexit-Befürwortern in die Hände. Viele Briten aus meinem Bekannten- und Freundeskreis fühlen sich durch die unflexible Haltung der EU darin bestätigt, dass sie eine solche Herrschaft der Bürokratie schlicht nicht wollen und dass die Entscheidung für eine Unabhängigkeit die einzig richtige war.

Bleibt das Problem der Fernfahrer. Was geschieht hier? In typisch englischer Weise lässt sich das Problem oft einfach mit den Kräften der Marktwirtschaft lösen. In den letzten Tagen zeigt sich, dass viele ehemals Busfahrer jetzt auf dem Brummi umsatteln, da die Löhne für die LKW-Fahrer gestiegen sind. Manchmal lösen sich die Dinge doch einfach von (ganz) alleine.

D14-3

Energiewende: Welcome back Atom-Strom!?

Ulrike Trebesius

Im Mai 2020 wurden die Kühltürme des AKW Philippsburg gesprengt. Die Bilder sind aus mehreren Gründen spektakulär. Zum einen ist der Anblick von großen Bauwerken, die kontrolliert gesprengt werden, tatsächlich faszinierend. Auf der anderen Seite sind sie das traurige Symbol für eine Gesellschaft, die sich vom gesunden Menschenverstand abgewendet hat. Einer Gesellschaft, die mutwillig die Grundpfeiler dessen zerstört, was sie erst stark gemacht: Neugierde, Entdeckergeist, Innovation, deutsche Ingenieurskunst. Es ist das Sinnbild eines Landes, das weniger an Wissenschaft, Forschung und Weiterentwicklung von Technologien interessiert ist, das nicht an die Versorgungssicherheit einer Industrienation denkt. Ausgerechnet in Baden-Württemberg, neuerdings „The Länd“, dass mit diesen Industrien erst stark und erfolgreich wurde und das nun übermütig wird.

„Wir werden Euch nicht vermissen!“, jubelten die Grünen über diese Sprengung der Kühltürme. Damit hat sich wiederum die Partei durchgesetzt, die bei den Bundestagswahlen trotz gigantischer Medien-Kampagne nur auf ein laues Ergebnis von 14,8 % gekommen ist und damit dennoch den gesamten politischen Diskurs in unserem Land dominiert.

Dabei begeht Deutschland mit seiner sogenannten „Energiewende“ seit Jahren einen Sonderweg, dessen Scheitern sich immer mehr abzeichnet. Nicht nur, dass andere Länder dem deutschen Modell nicht folgen, sie versuchen mittlerweile sogar zu intervenieren. So gab es Briefe von Wissenschaftlern aus Polen, Frankreich und sogar den USA, die für einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke werben. „Liebes Deutschland, bitte lasst die Kernkraftwerke am Netz.“ Ist die Überschrift eines Briefes von internationalen Experten, der im Oktober 2021 veröffentlicht wurde. Der Grundtenor des Schreibens ist, dass die ehrgeizigen Klimaziele eben nur zu erreichen wären, wenn die Kernkraftwerke weiterbetrieben würden. Indirekt ist man sich sehr wohl bewusst, dass ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohle und Kernenergie nur zu einem Ergebnis führen kann: einem Blackout. Da Deutschland keine Insel ist, haben die uns angrenzenden Länder also ein valides Interesse daran, dass dies nicht passiert. Schon jetzt sorgt Deutschland dafür, dass die Stromnetze von Frankreich, den Niederlanden, Polen oder Tschechien mit Windenergie geflutet werden, wenn es mal wieder stürmisch ist. Da wir trotz der Beteuerungen von Annalena Baerbock Strom jedoch nicht einfach speichern können, machen sich unsere Nachbarn zurecht Sorgen. Denn eine Flaute sorgt dann eben für Flatterstrom, ein Begriff, der versinnbildlicht, dass es eine unsichere Versorgung ist, auf die wir da setzen. Bei gleichzeitiger Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken wäre ein großflächiger Stromausfall in Deutschland sehr wahrscheinlich. Und er würde bedeuten, dass bei unserem engvernetzten Stromnetz in ganz Europa die Lichter ausgingen. Was dies im Detail bedeuten würde, kann man im Buch „Blackout“ von Marc Eisenberg nachlesen. Der Schaden wäre erheblich.

Dies ist auch anderen Ländern in der EU sehr bewusst, weswegen jetzt in Brüssel eine Gesetzesinitiative gestartet werden soll, die Kernenergie europaweit als erneuerbare Energieform anerkennt.

Dies ist in vielen Ländern wie zum Beispiel in Skandinavien aber auch Frankreich oder den USA längst gang und gäbe. Die Initiative wird im Moment hauptsächlich von Frankreich vorangetrieben, das in der EU insbesondere nach dem Austritt der Briten aus der Union zusammen mit den südeuropäischen Ländern über eine Hausmacht verfügt. Jedoch haben auch die Osteuropäer ein Interesse daran, dass das Land in der Mitte Europas energietechnisch nicht kollabiert. Neben dem Kohlestrom, mit dem die Polen die Deutschen regelmäßig und zuverlässig versorgen, will man auch dort zukünftig in Kernenergie investieren.

Es wäre also eine Ironie der jüngeren deutschen Geschichte, wenn eine Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen an der Atomenergie festhalten müsste. Da dies gesichtswahrend umgesetzt werden muss, wird eine entsprechende Orchestrierung als Begleitmusik in den Medien einsetzen, die schon seit einigen Wochen zu beobachten ist.

Dabei wird es einige wichtige Probleme zu bedenken geben. Denn neben dem Rückbau oder in konkreter Sprache der Zerstörung der Kernkraftwerke in Deutschland ist auch die Forschung in diesem Bereich nahezu vollständig eingestellt worden. Es müssen also Kompetenzen wiederaufgebaut und neu erworben werden. Wissenschaftler aus dem Ausland müssen gefunden und angestellt werden, denn auch die Ausbildung in Deutschland wurde weitgehend eingestellt. Gleichzeitig muss die Akzeptanz in der Bevölkerung neu aufgebaut werden, denen in mehr als 40 Jahren permanent die Gefährlichkeit insbesondere von Atommüll eingeredet wurde. Also müssen die Medien und die Politik hier ein entsprechendes Wording finden, um das Narrativ zu erneuern.

Die schwierigste Hürde besteht aber wohl darin, entsprechende Investoren zu finden, denn die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen sind mühsamer wieder aufzubauen als es dauerte, die Kühltürme des AKW in Phillipsburg zu sprengen. Und auch wenn die ehemaligen Betreiber Vattenfall, E.ON, RWE und EnBW großzügig vom deutschen Steuerzahler entschädigt wurden, dürfen diese Konzerne zukünftig davor zurückscheuen, hier erneut zu bauen. Wer garantiert, dass

eine neue Bürgerinitiative oder ein gemeinnütziger Verein wie die Deutsche Umwelthilfe DHU einen solchen Prozess nicht um Jahre verzögern und letztendlich gar unterlaufen würde? Oder dass eine neue Regierung dann eben doch wieder aus der Kernenergie aussteigen will?

Deswegen werden in nächsten Jahren die neuen Kernkraftwerke wohl eher um Deutschland herum entstehen. Geplant sind Neubauten in Polen, den Niederlanden und Frankreich. Es bleibt zu hoffen, dass dies den Preis für Strom in Deutschland langfristig und nachhaltig senken wird. Denn hohe Energiepreise sind ein Grund für das Abwandern der deutschen Industrie in andere Länder: Allen voran natürlich nach China, aber eben auch ins europäische Ausland.

So muss man zu der Erkenntnis kommen, dass der Schaden, den die Bundesregierung unter Angela Merkel angerichtet hat, als sie entschied, aus der Atomenergie auszusteigen, durchaus nachhaltig war: wir sind ein Land, dessen Industrien abwandern müssen, um kostengünstig produzieren zu können. Um Produkte herzustellen, für die der Markt in unserem Land zunehmend ideologisch eingeschränkt wird. Und mit der Industrie wandert langfristig die Forschung ab, die frei und ergebnisoffen in Atomphysik, Kernenergie oder anderen Themenbereichen forschen möchte. Vorangetrieben wird es von den Grünen, die in keinem anderen Land so stark sind wie hier. Dies alles macht Deutschland langfristig unattraktiver für Investoren, die ein Umfeld benötigen, dass Technologien und neuen Innovationen gegenüber offen ist und die eine Regierung hat, die die dafür nötigen Rahmenbedingungen schaffen wird.

D14-4

Die große demographische Umkehrung: “The future will be nothing like the past”

Jan Thieme

Der Autor hatte in Ausgabe D08 das Buch *Bürger an die Macht* aus der Feder des Mitherausgebers dieses Diskursforums Jörn Kruse besprochen. In dieser Ausgabe möchte der Autor ein Buch besprechen, das nach seiner Überzeugung das Potential birgt, als Erklärungsmuster der politischen und ökonomischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte zu dienen. Es handelt sich um das bereits viel zitierte Werk der britischen Ökonomen Charles Goodhart und Manoj Pradhan: *The Great Demographic Reversal. Ageing Societies, Waning Inequality, and an Inflation Revival*. Palgrave Macmillan 2020.

Bisher gab es Arbeitskraft im Überfluss

Seit der Integration Chinas und Osteuropas in den Weltmarkt vor rund 30 Jahren, auch als Globalisierung bezeichnet, „the world was swimming in labour“, was sich nicht so sehr durch Migrationsströme sondern eher durch Produktionsverlagerungen in und durch Importe aus den neuen Märkten zeigte. Der Überfluss des Arbeitsangebots hielt die Lohnanstiege in den entwickelten Ländern niedrig; gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Streiktage gingen zurück, wie die Autoren in Schaubildern für USA, UK, Deutschland, Frankreich oder Japan zeigen. Das weltweit produzierte und beständig ausgedehnte Warenangebot hielt die Preise unten, und die Inflation wurde so auch nicht durch eine Lohn-Preis-Spirale angetrieben. Soweit ist diese Erklärung für den Rückgang bzw. das Ausbleiben der Inflation trotz expansiver Geldpolitik in den USA und in Europa mittlerweile herrschende Meinung unter Ökonomen. Inflation bzw. Deflation als reales, nicht als monetäres Phänomen.

Nun befinden wir uns am Ende dieser globalen demographischen Entwicklung und sind an deren Umkehrpunkt angelangt. Seit Mitte der 2010er Jahre geht die arbeitsfähige Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) in den entwickelten Ländern und in China absolut zurück. Die Wachstumsrate der Weltbevölkerung ohne Afrika wird 2040 bei null angelangt sein; aber auch die Wachstumsrate der afrikanischen Bevölkerung hat dieser Tage ihren Zenit überschritten. Die Autoren berufen sich auf UN-Daten; es gibt sogar Vorhersagen, dass der Rückgang der Weltbevölkerung noch schneller als die UN-Prognosen voranschreiten wird.⁴

Die Autoren erwägen auch Gegenargumente. Die Perspektive, dass Indien oder Afrika mit je 1,4 Mrd. Einwohnern die globale demographische Arbeitskräftelücke füllen können, wird als unwahrscheinlich eingeschätzt. Diese Regionen sind sozial (Indien) bzw. politisch (Afrika) zu zerklüftet, und es mangelt an Good Governance (Afrika) bzw. einheitlicher Führung (Indien), um eine Entwicklung wie in China zu wiederholen.

Rückläufiges Arbeitsangebot treibt die Inflation

Diese künftigen demographischen Entwicklungen werden tiefgreifende Konsequenzen haben: “The future will be nothing like the past.” Das globale Arbeitsangebot wird zurückgehen, aber nach Auffassung der Autoren nicht die Konsumnachfrage. Denn die Ausgaben für medizinische Versorgung alter Menschen und für Altenpflege – ökonomisch Konsumausgaben – werden den möglichen Konsumrückgang der arbeitenden Bevölkerung nicht nur ausgleichen, sondern mutmaßlich noch übertreffen, und das in allen entwickelten Ländern sowie in China. Das allein reicht schon als Antreiber der Inflation bei rückläufigem Arbeitsangebot aus.

Die Last des ansteigenden Abhängigkeitsquotienten (Kinder und Alte je Erwerbsperson) wird nach Goodhart und Pradhan unausweichlich zu Steuererhöhungen führen (Anm. des Rezensenten: und/oder zu Erhöhungen der Sozialbeiträge), denn das Renteneintrittsalter lässt sich nicht im Maße des Anstiegs der Lebenserwartung erhöhen, und eine Senkung des Versorgungsgrades der Alten lässt sich politisch nicht durchsetzen, weil keine Mehrheiten gegen die Alten zustande kommen. Wenn nun aber die Arbeitseinkommen durch höhere Steuern, auch indirekte Steuern, (und Sozialbeiträge) stärker belastet werden, wird bei knapperem Arbeitsangebot eine Kompensation bei den Lohnerhöhungen durchgesetzt werden (können), was via Lohn-Preis-Spirale die Inflation weiter anheizt.

Die geschwächte Arbeiterbewegung fand ihr Ventil in der Wahlkabine

Während der lohndrückenden globalen Konkurrenz mit Auswüchsen in der Gig Economy und der De-Industrialisierung kam es in den USA und Europa zum Anstieg des Rechtspopulismus mit Trump, Brexit, Le Pen oder AfD. Die Arbeiter haben sich eher immigrationsfeindlichen rechten als linken Parteien zugewandt – ohne zu sehen, dass die Immigration nur einen kleinen Teil der globalen Lohnkonkurrenz ausmachte, siehe oben. In allen entwickelten Ländern hat sich nach allen üblichen Messgrößen die Einkommens- und Vermögensungleichheit erhöht. Die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital habe sich „from the wage bargaining table into the voting booth“ verlagert. Die Autoren geben dazu zwar keine Prognose ab, aber konsequent wäre es, auch hier eine Umkehrung der Verhältnisse zu erwarten.

Die Alten sparen weniger & Kapital ersetzt fehlende Arbeit => Steigende Zinsen

Wie wirkt sich die demographische Umkehrung nun auf Sparen, Investieren und letztlich auf den langfristigen realen Zins aus? Die Autoren betrachten den „langfristigen realen

⁴ D. Bricker and J. Ibbitson: Empty Planet. The Shock of Global Population Decline. 2019

Gleichgewichtszins“, der nicht durch eine kurzfristig wirksame Notenbankpolitik, sondern durch das Kapitalangebot der Sparer und die Kapitalnachfrage der Investoren bestimmt wird. Die privaten Haushalte (in den entwickelten Ländern und in China) werden mit steigendem Altersquotienten aus ihren für das Alter angelegten Vermögen entsparen, also Ersparnisse in Konsum überführen und damit das Kapitalangebot verringern. Die vom ehemaligen US-Notenbank-präsidenten Ben Bernanke so bezeichnete „savings glut“ wird ein Ende finden. Die Unternehmen werden der Verknappung und Verteuerung der Arbeit durch eine Erhöhung der Kapital/Arbeit-Relation begegnen, um so auch Produktivitätsfortschritte zu realisieren. Die Autoren erwarten einen allgemeinen Produktivitätsschub durch die Hebung ungenutzter Potentiale bei Automatisierung, Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz etc. Also, sowohl der Rückgang des Kapitalangebots der privaten Haushalte als auch der Anstieg der Kapitalnachfrage der privaten Unternehmen werden den Realzins treiben.

Der öffentliche Sektor wird das Entsparen bzw. Verschulden der privaten Sektoren nicht ausgleichen (können), da seine Ausgaben für Alterspflege und Renten mit dem steigenden Altersquotienten absolut steigen werden. „Cutting expenditures and raising taxation are always ... politically hard to do.“ Denn nur einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, würde öffentliches Sparen bedeuten. Da die Haushaltsdefizite in den vergangenen 30 Jahren nicht ausgereicht haben (d.h. zu gering waren!), um die Wirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen, mussten die Notenbanken die Zinsen senken. Für die Zukunft erwarten die Autoren umgekehrt einen Anstieg der Realzinsen, der die Wirtschaft ins Gleichgewicht bringt, da nun umgekehrt die (autonome) Sparleistung des öffentlichen Sektors nicht ausreichen wird.

Staatshaushalte bei steigenden Zinsen in der Schuldenfalle

Die historisch niedrigen Zinsen der Vergangenheit haben den privaten wie öffentlichen Verschuldungsgrad in historische Höhen getrieben, was aber niemand als besonders schmerzhaft empfunden hat, weil mit den sinkenden Zinsen gleichzeitig der Schuldendienst konstant blieb. Wenn nun aber die realen Zinsen (aufgrund realer Ursachen) steigen, geraten die Schuldner und darunter besonders der öffentliche Sektor in eine von den Autoren so bezeichnete Schuldenfalle. Sie müssen wegen höherer Zinsen ihre Schulden reduzieren (= Sparen), können es aber aus genannten politischen Gründen nicht. (Anm. des Rezensenten: Auch wenn die Notenbanken zu niedrigen Zinsen Geld verleihen, werden die Märkte die Zinsen mit rückläufigem Kapitalangebot uns. ansteigender Kapitalnachfrage über dieses Niveau anheben.) Auch Zinsen als reales, nicht als monetäres Phänomen.

Die Aussichten, der Schuldenfalle zu entkommen, schätzen die Autoren zurückhaltend bis pessimistisch ein: Das Wirtschaftswachstum ist durch die rückläufiger Arbeitsbevölkerung beschränkt. Unerwartete (nicht in den Nominalzins eingepreiste) Inflation, die die Schulden entwertet, wird es bei gestiegener Inflationserwartung kaum geben. Schuldenschnitte oder -ausfälle sind wegen ihrer Nebenwirkungen nicht zu empfehlen. Es bleiben Vorschläge zur Stärkung der Eigenkapitalquoten der Unternehmen, die nach dem Eindruck des Rezenten allerdings etwas halbherzig vorgetragen werden und das Problem der Staatverschuldung nicht lösen. Dem schließen sich dann noch einige (bekannte) Vorschläge für indirekte Steuern an, deren Inzidenz am Ende doch direkt den einzelnen Bürger trifft.

Perspektive für Deutschland: Mehr Inlands- statt Auslandsinvestitionen

Mit der Globalisierung haben die Direktinvestitionen im Ausland zugenommen, besonders solcher Exportüberschussnationen wie China, Japan oder Deutschland, weil die Renditen auch aufgrund der Arbeitskosten im Ausland höher waren. „If so, the curtailment of globalization will bring some boost to domestic investment.“ Das wäre tröstlich. Eine international immer wieder angemahnte Reduzierung unseres deutschen Exportüberschusses reduzierte unsere

Auslandsforderungen, mit denen dann inländische Schulden beglichen werden könnten. Oder eine Reduzierung der Auslandsinvestitionen (das Pendant des Exportüberschusses) würde nicht nur die heimischen Investitionen stärken, sondern auch direkt die heimische Verschuldung reduzieren. Auslandsinvestitionen werden aus heimischen Gewinnen (= Eigenkapital) finanziert. Über das investitionsgetriebene heimische Wachstum bestünde die Chance, der Schuldenfalle zu entkommen. Für Deutschland sieht die Zukunft also gar nicht so düster aus.

Das Buch hat wissenschaftliches Niveau. Auch vom ökonomisch vorgebildeten Leser verlangt es etwas Konzentration, wenn etwa die Verschiebung der Phillips-Kurve und die Veränderung der „natürlichen Arbeitslosenquote“ erörtert werden. (Ganz grob: Wenn mit der Verknappung von Arbeit das Lohnniveau steigt, stellt sich eine lohngetriebene höhere und von der Arbeiterschaft akzeptierte Arbeitslosenquote ein, so wie in den 1970er Jahren. Die Gewerkschaften sind eben die Vertretung der Beschäftigten und nicht der Arbeitslosen.) Mit 81 Schaubildern und 22 Tabellen auf 218 Seiten bleibt das Buch jedoch auch für Nichtökonom*innen nachvollziehbar und erhellend. Der Unterschied ihres Werkes zum wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream – so die Autoren – liegt darin, dass sie langfristige Trends, eben die Demographie in ihre Analyse integrieren. Damit liefern sie in der Tat den Schlüssel für eine langfristige Erklärung von Ökonomie und Politik. Die aktuelle Politik daran und nicht an ideologisch verfestigten Denkmustern zu messen, erscheint dem Rezensenten dringend geboten, siehe auch den Beitrag des Autors in dieser Ausgabe *Die Fortschrittskoalition*.

In ihrem kurz nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie angefügten Nachwort sagen die Autoren voraus, dass die Pandemie die vorhergesagte De-Globalisierung und Inflation noch verstärken wird. Wenn sich die ersten Anzeichen von Inflation zeigten, würde die erste Reaktion darauf sein, dass das nur als ein einmaliges Aufflackern („once-and-for-all blip“) anzusehen sei. Zumindest insoweit ist die Vorhersage der Autoren bereits eingetroffen.

D14-5

Die Fortschrittskoalition: Das Sondierungsergebnis von SPD, Grünen und FDP Jan Thieme

Der Autor hat in dieser Ausgabe unter dem Titel *Die große demographische Umkehrung* das ebenso betitelte Buch der beiden britischen Ökonomen Goodhart und Pradhan besprochen und am Ende seiner Rezension eingefordert, die aktuelle Politik an deren langfristig ausgelegten Schlussfolgerungen und nicht an ideologisch verfestigten Denkmustern zu messen. Dieser Versuch soll hier anhand des von den drei Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP am 15. Oktober 2021 veröffentlichten Ergebnisses ihrer Sondierungen unternommen werden. Auch wenn eine wesentliche Präzisierung durch den anstehenden Koalitionsvertrag zu erwarten ist, reicht das Sondierungsergebnis schon aus, um daran die auf die Zukunft gerichteten Vorhaben dieses sich als Fortschrittskoalition bezeichnenden Bündnisses zu messen. Dabei wird der Gliederung des 12-seitigen Sondierungspapiers gefolgt:

1. Moderner Staat und digitaler Aufbruch

Es werden eine Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung sowie ein Ausbau der digitalen Infrastruktur versprochen. Im Sinne der Verknappung von Arbeit und des dadurch

erforderlichen, stärkeren Produktivitätsanstiegs ist diese Zielrichtung notwendig, nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern gerade auch in der öffentlichen Verwaltung. Denn auch dort werden Arbeitskräfte knapp werden, und die finanziellen Mittel werden wegen steigender Ausgaben für Renten und Altenpflege zurückgehen.

2. Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Hier werden eine Investitionsoffensive für den klimagerechten Umbau von Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie und Wohngebäuden sowie eine „drastische“ Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien angekündigt. Nun sind Klimaziele und Demographie-Folgen im Prinzip zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Wenn aber mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft auch eine Generalmodernisierung im Sinne höherer Arbeitsproduktivität verbunden ist, zählt das auch auf die Schlussfolgerungen von Goodhart/Pradhan ein. Offen bleibt zwar an dieser Stelle, wie diese Investitionen finanziert werden sollen. Wenn es gelingt, Unternehmen hinreichende Anreize für heimische anstatt Auslandsinvestitionen zu bieten, trägt das nicht nur zum Wachstum, sondern auch zum heimischen Schuldenabbau bei.

3. Respekt und Chancen in einer modernen Arbeitswelt

Die Arbeitnehmer werden hier auf einen Wandel der Arbeitswelt eingestellt; es wird von ihnen Flexibilität erwartet, aber Sicherheit versprochen, eine Art sozial begleiteter Strukturwandel – das Pendant zu den zuvor angekündigten digitalen und ökologischen Umwälzungen der Wirtschaft. Besondere mediale Aufmerksamkeit fand in diesem Abschnitt die einmalige Anpassung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde. Wenn bei rückläufigem Arbeitsangebot und künftig beschleunigter Inflation auch die Löhne schneller steigen werden, nimmt sich diese Maßnahme lediglich als eine Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung aus. Arbeitsplatzverluste sind bei rückläufigem Arbeitsangebot ohnehin nicht zu erwarten, sondern wie bei der Einführung des Mindestlohns allenfalls Produktivitätssteigerungen. In einer Welt künftig global knapperen Arbeitsangebots werden die Arbeitgeber international auch über die Lohnhöhe miteinander konkurrieren.

4. Soziale Sicherheit bürgerfreundlich gestalten

Dieser Abschnitt befasst sich in besonderer Weise mit der demographischen Herausforderung. Es heißt dort u.a.: „Wir werden ... das Mindestrentenniveau von 48 Prozent sichern. Es wird keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters geben.“ Das entspricht genau dem von Goodhart/ Pradhan vorhergesagten Politikverhalten. Sowohl Goodhart/Pradhan als auch deutsche Experten wie jüngst Bernd Raffelhüschen, sagen voraus, dass das unausweichlich zu höheren Steuern bzw. höheren Bundeszuschüssen oder Beitragserhöhungen führen wird. Wohlweislich ist im Sondierungspapier dann auch weiter nur noch von „langfristiger Stabilisierung“ von Rentenniveau und Beitragssatz die Rede. Der von der FDP durchgesetzte Aufbau eines Kapitalstocks („Aktienrente“) wird aus Haushaltsmitteln finanziert und beschränkt so die Finanzierungsspielräume zusätzlich⁵ und lässt das dicke Ende noch früher heranrücken – vielleicht lässt es sich in der begonnenen Legislaturperiode noch abwenden, aber spätestens in der nächsten werden Steuer- oder Beitragserhöhungen unabwendbar werden. Immerhin soll die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (noch weiter!) und die „erwerbsbezogene und qualifizierte Einwanderung“ gestärkt werden.

⁵ Siehe den Beitrag des Autors in D11: *Warum die kapitalgedeckte Rente nicht funktioniert*

Die als „Hartz IV“ bekannte Grundsicherung soll in „Bürgergeld“ um-etikettiert und zum Teil überfällig reformiert werden (Schonvermögen, Wohnungswechsel) und mit höheren Zuverdienstmöglichkeiten ausgestattet das Arbeitsangebot erhöhen.

5. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

Hier findet sich ein Bekenntnis zu Bildung und Qualifikation, dem „Rohstoff“ unseres Landes – ganz im Sinne höherer Produktivität bei sinkendem Arbeitskräfteangebot. Die Politikfelder des Bundes sind hier allerdings durch die föderale Kompetenzteilung beschränkt.

6. Innovation fördern und neue Wettbewerbsfähigkeit erreichen

Hier wird ein Maßnahmenbündel zur Innovations-, Forschungs-, Gründungs-, Marktzugangs-, Regionalförderung etc. dargestellt. Der Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung soll auf 3,5 Prozent des BIP (2019: 3,2 Prozent) erhöht werden. Diese und andere Maßnahmen, etwa Risikoabsicherungen durch die KfW, nehmen zusätzliche öffentliche Mittel in Anspruch. Sie zahlen allerdings ebenfalls auf das Thema Modernisierung/Produktivitätssteigerung ein.

7. Offensive für bezahlbares und nachhaltiges Bauen und Wohnen

Zielsetzung ist der Bau 400.000 neuer Wohnungen, davon 100.000 öffentlich geförderter, erreichbar durch ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“. Pate scheint hier der erfolgreiche Weg der Hamburger SPD gestanden zu haben im Gegensatz zur verkorksten Berliner Politik. Bei rückläufiger Arbeitsbevölkerung wird die Wohnungsnachfrage nicht abnehmen, da die Alten in ihren (großen) Wohnungen bleiben. Hinzu kommt der Druck der (gewollten) Immigration auf den Wohnungsmarkt. In diesem Sinne passen die Ziele der Wohnungsbaupolitik auch zu den langfristigen demographischen Trends.

8. Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie

„Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland“, heißt es dort neben anderen Themen. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll praktikabler ausgestaltet, ein Punktesystem als zweite Säule zur Gewinnung qualifizierter Fachkräfte eingeführt, ein schnellerer rechtsicherer Aufenthaltsstatus ermöglicht und Integrationsmöglichkeiten verbessert werden. Bei einer Geburtenrate von 1,5 ist Deutschland zwangsläufig ein Einwanderungsland, um seine komfortablen Sozialsystem wenigstens aufrechterhalten zu können.

9. Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen

Die 2020er Jahre sollen ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen werden. Finanziert werden sollen diese Investitionen jedoch im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse. Es muss abgewartet werden, was unter diesen Bedingungen von dem ambitionierten Investitionsprogramm in Energie, Infrastruktur, Digitalisierung oder ökologischen Umbau der Industrie verwirklicht werden kann, was privat zu initiieren ist und wo staatliche Investitionen unumgänglich sind. Es bleibt auch offen, wieweit unter Bedingungen der Schuldenbremse quasi parafiskalische Lösungen durch Public-Private-Partnership, fremdkapitalisierte öffentliche Unternehmen, öffentliche Anschubfinanzierungen oder öffentlich geförderte, aber wesentlich privat finanzierte Fonds und dergl. mehr gefunden werden können. Die Finanzierung der in dem ambitionierten Programm genannten und zum Teil nur angedeuteten Vorhaben bleibt die offene Flanke des Programms.

Hinzu kommt die von der FDP erreichte Festlegung, die Steuern nicht zu erhöhen. Da die Alterslasten stärker als die Wirtschaft wachsen werden, wird dieses Versprechen höchstens noch

in dieser Legislaturperiode zu halten sein. Jetzt schon gibt es nicht nur Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, sondern auch zur Kranken- und Pflegeversicherung, und die Zuschüsse zur Rentenversicherung werden wegen der „Aktienrente“ noch weiter erhöht. Andere öffentliche Bedarfe wie etwa Verteidigung sollen an dieser Stelle gar nicht aufgeführt werden. Die Gegenfinanzierung soll u.a. durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen erfolgen; nun hat sich FDP aber schon gegen die Abschaffung der Pendlerpauschale festgelegt.

Auf der anderen Seite bleibt die grundgesetzliche Schuldenbremse auch eine Bremse dagegen, mit hohem Tempo in die Schuldenfalle steigender Zinsen zu fahren. Wie allerdings die immerhin für Deutschland mögliche Umlenkung (eigenkapitalfinanzierter) Auslandsinvestitionen ins Inland initiiert werden soll, bleibt trotz des versammelten ökonomischen Sachverstands von Norbert Walter-Borjans bis Harald Christ offen.

10. Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt

Hier finden sich die üblichen Bekenntnisse zur europäischen Integration, NATO, den Vereinten Nationen und zum Multilateralismus. Welche Wirkungen allerdings die „große demographische Umkehrung“ und eine globale Umstrukturierung der Energieversorgung auf die globale Machtverteilung und haben werden und was damit die sicherheitspolitischen Implikationen für Deutschland und Europa sein werden, etwa mit Blick auf China oder Russland, wird nicht erörtert. Immerhin scheint das Problem möglicherweise erkannt zu sein: „Wir wollen eine Nationale Sicherheitsstrategie“ vorlegen.

Die Finanzierung bleibt die offene Flanke des Programms

Gemessen an den Schlussfolgerungen von Goodhart und Pradhan's *Großer demographischen Umkehrung* für die nächsten Jahrzehnte zielt das im Sondierungsergebnis von SPD, Grünen und FDP erkennbare Regierungsprogramm in die richtige Richtung, wenngleich in dieser Phase naturgemäß vieles noch allgemein und offen bleiben muss. Bisher unbefriedigend geklärt bleibt jedoch die Finanzierung des ambitionierten Investitionsprogramms sowie der zukünftigen Alterslasten. Ein striktes Festhalten an der Schuldenbremse und am Verzicht auf Steuer- bzw. Sozialbeitragserhöhungen wird sich spätestens in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr durchhalten lassen.

D14-6

Larmoyanz statt fundierter Analyse. Zum CDU-Ergebnis der Bundestagswahl 2021

Jan Thieme

Der Autor ist kein Anhänger der CDU und hat diese Partei auch noch nie gewählt. Aber das, was Jörn Kruse in seinem Beitrag [Die CDU. Seit Merkel eine leere Hülle](#), in Ausgabe D13 und was Gleichgesinnte an anderer Stelle (etwa Joachim Starbatty in einem FAZ-Leserbrief kurz nach der Bundestagswahl) ausführen, ruft doch seinen Widerspruch hervor.

Die CDU ist ja programmatisch nicht entleert. Sie hat 16 Jahre lang Regierungshandeln mitgestaltet. Sie grenzt sich von anderen Parteien ab, nicht nur am linken oder rechten Rand, sondern auch in zähen Koalitionsverhandlungen mit der SPD, etwa 2013 und 2017 und in den geplatzen „Jamaika“-Verhandlungen 2017. Die CDU hat immer wieder durchaus erkennbares Profil gezeigt, mit dem die Wähler konkurrierender Parteien keineswegs einverstanden waren. Die CDU ist auch nicht „sozialdemokratisiert“ worden, siehe dazu in D12 den Beitrag des Autors: [Die Mär vom Kursschwenk der CDU unter Angela Merkel](#).

„Leere Hülle“ heißt: „Mir passt die ganze Linie nicht“

Nein, Kruses Chiffre „leere Hülle“ muss man anders lesen: Ihm gefällt die – durchaus vorhandene – Programmatik der CDU nicht. Starbatty hatte der CDU im erwähnten Leserbrief in seiner prägnanten Schlichtheit empfohlen, wieder „christlich, konservativ und freiheitlich“ zu werden. Kruse stellt zwar die Zeitgemäßheit des Christlichen infrage, unterschlägt aber wie Starbatty, dass die CDU-offizielle Formel „christlich-sozial(!), konservativ und liberal“ lautet. Beide meinen ganz offensichtlich nicht die von Angela Merkel 2015 auf christlicher Fundierung betriebene Flüchtlingspolitik. Sie meinen auch nicht die christliche Sozialethik, die in die CDU-Politik eingeflossen und mit Namen wie Theodor Blank, Hans Katzer, Norbert Blüm oder Ursula von der Leyen verbunden ist.

Das ist der in den 1950er Jahren entwickelte Markenkern der CDU als Volkspartei der Mitte: Die Partei vertritt eben nicht eine rein bürgerliche und auch nicht nur eine Arbeiter- bzw. Arbeitnehmer-Klientel, sondern sie versucht, unter der Fahne der Sozialen Marktwirtschaft alle Schichten zu vereinigen, oder wie es der geistige Vater der Sozialen Marktwirtschaft Müller-Armack ausdrückte, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. Der Markenkern der CDU (und der Christlich-Sozialen Union) ist eben gerade nicht der von Kruse et. al. vertretene Marktliberalismus. Im diesem Sinne hat Angela Merkel als CDU-Vorsitzende seit 2000 die Partei sehr gut auf Kurs gehalten.

Die SPD hatte 1959 mit dem Godesberger Programm das Erfolgskonzept der Union wiederholt und konnte so als klassenübergreifende Volkspartei mit Willy Brandt und später mit Gerhard Schröder in Regierungsverantwortung gelangen. Nun ist es ein bekanntes Phänomen, dass sich nach einer verlorenen Wahl innerhalb und außerhalb einer Partei diejenigen zu Wort melden, die eine Rückkehr zur reinen Lehre fordern. Sie wollen die typischerweise in erfolgreichen Wahlkämpfen und während der Regierungsverantwortung in die Mitte gerückte Partei wieder an den radikaleren Rand führen. Genau das ist etwa in der SPD mit der Wahl der Parteivorsitzenden Saskia Esken geschehen. Ganz offensichtlich keine sehr kluge Entscheidung, die die SPD bei der Bundestagswahl mit 15 Prozent oder weniger hätte durchs Ziel gehen lassen, wäre die Parteivorsitzende im Wahlkampf nicht schlicht versteckt worden.

Der Markenkern der Union ist war immer „Volkspartei der Mitte“

Wer jetzt also die CDU ihres Markenkerns als Volkspartei der Mitte entleeren will, um sie sinnentleert christlich (ohne „sozial“), konservativ (was bedeutet das eigentlich inhaltlich? Rückbau von Kita-Plätzen und Wiedereinführung des § 175 StGB?) und freiheitlich (wohl nicht die Freiheit, Cannabis zu rauchen, sondern „marktliberal“) zu positionieren, begibt sich damit als Parteistrategie auf das intellektuelle Niveau einer Frau Esken, über das sich Jörn Kruse in einem zweiten Beitrag in Ausgabe D13 geäußert hat. Nur war Frau Esken klüger als es mutmaßlich ein Friedrich Merz sein würde, der sich nicht so einfach verstecken ließe.⁶

Jörn Kruse hängt seiner rückwärtsgewandten Vorstellung von einer konservativen und marktliberalen CDU nach, die diese Partei nie gewesen ist, und lässt stattdessen eine Analyse der inhaltlich-programmatischen Gründe des Wahlergebnisses vermissen sowie die daraus

⁶ Eine sehr viel tiefergehende Analyse bietet der Beitrag von Matthias Jung, Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen e.V., „Von Merkel lernen heißt siegen lernen“ in der FAZ vom 15.11.2021. Jung führt hier die Erfolge der Union auf den Kurs der Mitte von Merkel zurück, Misserfolge jedoch auf Rechtsabweichungen. Siehe: <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/spd-raus-aus-der-existenz-krise-dank-strategischer-fehler-der-cdu-17633934.html>

abgeleiteten programmatischen Empfehlungen, die über das Leserbriefniveau von Joachim Starbatty hinausgehen. Versuchen wir es stattdessen einmal:

Nichts legt einen erfolgsversprechenden Rechtsschwenk nahe

Die Wählerwanderungsschätzung der letzten Bundestagswahl ergibt für die Unionsparteien einen saldierten Nettoverlust an FDP, AfD und Sonstige von 900.000 Stimmen. (Bei den Verlusten an die Sonstigen wird unterstellt, dass es sich hier um Verluste an die dem bürgerlichen Lager zuzurechnenden Freien Wähler handelt.) Die saldierten Nettoverluste an SPD, Grüne und Linke zusammen betrugen hingegen 2.330.000 Stimmen, mehr als das 2 ½ -fache. Natürlich haben auch das über dessen Partei hinausgehende Wählervertrauen für den SPD-Kanzlerkandidaten eine große Rolle gespielt sowie die Korruptionsskandale der Union (Masken, Aserbeidschan), nach denen deren Umfragewerte erst in den Keller gingen. Aber für die Empfehlung, die Union nach rechts, konservativer oder markoliberaler zu positionieren, gibt die Wählerwanderungsanalyse nichts her, eher gilt das Gegenteil.⁷

Das dominierende Wahlkampfthema war der Klimawandel und der entsprechende Umbau von Energieversorgung und Industrie. Den Lippenbekenntnissen nach unterschieden sich die drei Kanzlerkandidatenparteien darin kaum; das meiste ist ohnehin schon durch europäische Vorgaben festgelegt. Die Union hatte jedoch nach ihrer langen Regierungsführung und bayrischer Obstruktion ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das zweite Thema waren soziale Fragen wie Rente, Pflege oder Mindestlohn, bei denen die SPD einen traditionellen Kompetenzvorteil hat. Auch dem wäre nicht durch eine Befüllung der „leeren Hülle“ mit konservativen und markliberalen Positionen abzuhelpen gewesen – etwa mit der Abschaffung des Mindestlohns? Auch nicht mit xenophoben Attitüden á la Hans-Georg Maaßen; das hätte nur noch mehr Wähler zur SPD und zu den Grünen getrieben.

Seit 2013 ist in Deutschland strukturell keine bürgerliche Stimmenmehrheit mehr möglich, zu der nicht auch die AfD gehörte. (Zu den Wegbereitern dieses Schadens an der deutschen Demokratie gehören auch die beiden Herausgeber dieses Diskursforums.) Wenn keine bürgerliche Mehrheit möglich ist, bleiben noch eine linke Mehrheit oder – mit höherer Wahrscheinlichkeit – eine gemischt links-bürgerliche Kompromissmehrheit (Große Koalition, Ampel, Jamaika oder Kenia). Wenn die Union bei nächsten Wahlen wieder in Regierungsverantwortung kommen will, kann ihr das nur gelingen, wenn sie von SPD und/oder Grünen der FDP als Regierungspartner vorgezogen wird. Mit einer Positionierung weiter nach rechts wird sie das nicht erreichen. Die Union würde dadurch auch weder Stimmenanteile von SPD und Grünen noch von FDP und AfD gewinnen; letztere Klientele wählen ohnehin das Original. Das haben „Partei-strategen“ wie Kruse oder Starbatty offensichtlich nicht ganz zu Ende gedacht.

„Bürgerliches Aufstiegsversprechen mit Sicherheit“

Es bleibt damit aber immer noch offen, welche konkrete programmatische Positionierung der Union zu empfehlen ist, sinnvollerweise auch in Abgrenzung zu anderen Parteien. Während die SPD traditionell ein „proletarisches“ Aufstiegsversprechen durch Bildung, günstigen tarifpolitischen Rahmenbedingungen einschließlich sicherer Arbeitsplätze und mit sozialer Sicherung gegeben hat, läge es für die Union nahe, ein „bürgerliches“ Aufstiegsversprechen zu geben, etwa

⁷ Eine sehr viel tiefergehende Analyse bietet der Beitrag von Matthias Jung, Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen e.V., „Von Merkel lernen heißt siegen lernen“ in der FAZ vom 15.11.2021. Jung führt hier die Erfolge der Union auf den Kurs der Mitte von Merkel zurück, Misserfolge jedoch auf Rechtsabweichungen. Siehe: <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/spd-raus-aus-der-existenz-krise-dank-strategischer-fehler-der-cdu-17633934.html>

nach der Motto: Besitz macht bürgerlich, und wir fördern und schützen die Eigentumsbildung, wahren also auch Besitzstände. Letzteres wäre in der Tat ein konservatives Element, mit dem sich die Union von sozialdemokratischer Umverteilungspolitik unterschiede. Von der FDP unterschiede sich die Union durch die Betonung des Sicherheitsaspekts „bürgerliches Aufstiegsversprechen mit Sicherheit“; ihre Klientel wäre vergleichsweise älter und kleinstädtischer. Daraus ergäben sich Elemente einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die durchaus an den programmatischen Traditionen der Union anknüpft:

- Förderung von Vermögensbildung und Eigentum einschließlich Wohneigentum und der darauf für Kleinrentner zu erzielenden Renditen
- Sicherung der Besitzstände in der umlagefinanzierten Sozialversicherung und damit aber die Öffnung für unvermeidbare Steuer- und Beitragserhöhungen
- Nicht nur die Sicherung des wirtschaftlich Erreichten, sondern als „Sicherheitspartei“ auch der Schutz der inneren und äußeren Sicherheit mit allen finanziellen Konsequenzen.
- Abwehr des Abstiegs qualifizierter Beschäftigter der Industriegesellschaft durch aktive, marktsteuernde Industriepolitik und Förderung des Strukturwandels
- Eine Sozialpolitik im Sinne von „Fördern und Fordern“, die für Sozialleistungen auch Gegenleistungen erwartet und damit bürgerlichen Leistungsvorstellungen entspricht.
- Die Bejahung und Förderung unternehmerischer Initiative, aber doch die wirtschaftspolitische Absicherung erreichter Besitzstände.
- Die Elemente dieser Politik müssen sich in spezifischer Weise auch auf Immigranten richten, denen im Sinne von „Besitz macht bürgerlich“ ebenfalls ein „bürgerliches Aufstiegsversprechen mit Sicherheit“ anzubieten ist. Dazu gehört zuvor die Immigration selbst, auf die wir aus demographischen Gründen bekanntlich nicht verzichten können, wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen.
- Das, was es in der Union an konservativen Widerständen gegeben hat, etwa gegen die Erwerbsbeteiligung von Frauen oder die Rechte von LGBT-Personen, ist Geschichte und heute ohne jegliche politisch-programmatische Relevanz. In diesem Sinne ist der deutsche Konservatismus politisch schlicht tot.

Eine etwa mit einem Friedrich Merz an der Spitze symbolisierte marktliberale Ausrichtung der Union liefe nicht nur der traditionellen Positionierung der Union als Volkspartei der Mitte zuwider. Sie würde die Union so nahe an die FDP heranrücken, dass die Wähler auch hier lieber das Original wählen würden. Der Hauptunterschied zur FDP wäre, dass die Union wegen der Kosten der sozialen/wirtschaftlichen und inneren/äußeren Sicherheit nicht ideologisch an einer Senkung des Staatsanteils festhielte, auf der anderen Seite aber auch die Finanzpolitik nicht wie die SPD als Umverteilungsinstrument betriebe.

Die Kommunikation der Inhalte war schlecht – aber nicht wegen Angela Merkel

Es ist Jörn Kruse insoweit Recht zu geben, als dass die skizzierte Positionierung der Union, die ja nicht ganz neu ist, im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt hat. Die Union hat sich die Wahlkampfthemen von Grünen und SPD diktieren lassen und ist so besonders am Ende in eine defensive Position gekommen, als sie Schreckensbilder des Gegners in die Luft malte anstatt eigene positive Perspektiven zu vermitteln. Das wurde zu Zeiten Ludwig Erhards mit der Formel „Wohlstand für alle“ in der Tat besser gemacht. Dieses Versäumnis ist jedoch nicht Angela Merkel anzulasten. Es hätte ihren Epigonen und Diadochen freigestanden, einfach an die programmatischen Traditionen der Partei anknüpfend in die Offensive zu treten. Sie haben die fast drei Jahre seit Angela Merkel das Ende ihrer Kanzlerschaft angekündigt hatte, nicht genutzt. Man hat sich einfach zu sicher gefühlt.

D14-7

Dauerhafte Macht führt zu Trägheit und inhaltlicher Entleerung

Auch eine Antwort auf Jan Thieme

Jörn Kruse

In dieser Ausgabe von DISKURS hat Jan Thieme unter dem missglückten Titel „Larmoyanz statt fundierter Analyse. Zum CDU-Ergebnis der Bundestagswahl 2021“ zu meinem Beitrag „Die CDU. Seit Merkel eine leere Hülle“ in Ausgabe D13 Stellung genommen. Dies ist die Intention von DISKURS. Deshalb werde ich meinerseits darauf replizieren.

Jan Thieme und ich haben offenbar gemeinsam, dass wir noch nie CDU gewählt haben. Ich habe mit Ausnahme meiner Studentenzeit, in der ich SPD-Mitglied war, und der Bundestagswahl 2013, bei der ich als Hamburger Spitzenkandidat der AfD angetreten bin, immer FDP gewählt, manchmal allerdings mit Bauchschmerzen. Die CDU interessiert mich vorrangig als politisches Phänomen, das in vielen parlamentarischen Demokratien zu beobachten ist, nämlich die langjährige Bedeutungsminderung ehemaliger Volksparteien. Die CDU folgt hierbei der SPD, die von 40% auf 15% dezimiert wurde. Viele in der Union haben wohl lange geglaubt, das könne ihnen nicht passieren. Da hätten sie mal nach Italien schauen sollten, wo die DC (Democrazia Christiana) über Jahrzehnte (trotz zahlreicher Regierungskrisen) die quasi unvermeidbare Machtpartei war.

Dauerhafte Machtstellungen korrumpieren typischerweise deren Inhaber, meistens schleichend über etliche Jahre. Die Leistung sinkt, die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit erlahmt und die Skrupel werden kleiner -- ebenso wie die Bedenken, Leute aus der eigenen Seilschaft auf Posten zu befördern, für die sie nicht qualifiziert sind. Die politische Macht zu haben und diese nutzen zu können, wird zur vermeintlichen Selbstverständlichkeit. Das gilt für Parteien ebenso wie für Regierungschefs/innen.

Nach acht Jahren geht es offenbar bereits bergab. Das konnte man bei Adenauer und Kohl ebenso sehen wie bei Angela Merkel. Eine Regierungspartei ohne inhaltlichen Diskurs und ohne expliziten Markenkern verwaltet nach einiger Zeit nur noch die Posten und Pfründe, die sie zu vergeben hat. Die Democrazia Christiana war am Ende vollständig korrupt und ist deshalb ebenso vollständig von der Bildfläche verbannt worden. Das ist beim Kanzlerwahlverein Union bisher nicht so. Aber Masken-Deals und Bestechungen aus Aserbaidshan sind schon ein Hinweis. De facto haben die deutschen Wähler der CDU und der CSU am 26. September eine Quittung für ihre Machtarroganz ausgestellt. „Wir werden ja ohnehin gewählt und wieder den Kanzler stellen“. Noch bis zum Sommer 2021 sahen die Umfragen ja auch danach aus.⁸

Obwohl ich mit Jan Thieme schon diverse -- meisten sehr anregende -- Diskussionen hatte, war ich überrascht, wie sehr er bei etlichen Punkten in seinem Beitrag mit der Einschätzung meiner politischen Positionen daneben liegt. Er insinuiert nämlich an vielen Stellen, ich wüsste mir die CDU konservativer als sie sich jetzt darstellt. Das ist mitnichten der Fall.

Es sei denn -- und da liegt vermutlich das Mißverständnis -- Jan Thieme hält es für „konservativ“, wenn man eine nachhaltige Politik einfordert, die längerfristige Zusammenhänge im Blick hat und rational danach handelt, die vernünftige Regeln und Anreizstrukturen installiert,

⁸ Vgl. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm>

um das „politische Nachhaltigkeitsproblem“ zu begrenzen.⁹ Ich halte das für elementare Eigenschaften einer rationalen, zustimmungsfähigen Politik. Allerdings braucht man dazu ein Konzept und eine Strategie, die über den Tag hinausweist. Wenn das konservativ ist, bekenne ich mich gern als Konservativer. Das war ich dann offenbar schon zu meinen SPD-Zeiten, als ich mich im Ökonomie-Studium und danach immer mehr für die Ordnungspolitik interessiert habe als für Konjunktur-, Verteilungs- und Sozialpolitik, die meistens relativ kurzfristig orientiert sind.

Der fehlende inhaltlich-politische Diskurs über Konzepte und Strategien und das Versinken in der politischen Nachhaltigkeitsfalle war ja auch der Kern meiner Kritik an Merkel und der CDU in dem von Jan Thieme kommentierten Beitrag, in dem übrigens das Wort „konservativ“ nur zweimal vorkommt, und das auch noch in einem anderen Zusammenhang.¹⁰ Speziell die Abschnitte mit den Überschriften „Die Methode Merkel“ und „Durchmerkeln und das politische Nachhaltigkeitsproblem“ möchte ich Jan Thieme zur nochmaligen Lektüre empfehlen.

Eine Partei und eine Kanzlerin, die 16 Jahre am Stück regiert haben, tragen natürlich die politische Verantwortung für alle staatlichen Mißstände und alle nicht-angepackten Probleme. Da wir in Deutschland nach unserer Verfassung keine Kanzlerdiktatur oder ein Präsidialsystem haben, sondern eine parlamentarische Demokratie, hätten die jeweiligen Unions-Fraktionen immer die Möglichkeit gehabt, die Politik der Kanzlerin zu problematisieren, wenn diese nicht ihrer Linie entspricht -- vorausgesetzt, sie hatten eine. Schon die öffentliche Diskussion (wie das in einer Demokratie eigentlich selbstverständlich sein sollte) hätte zeigen können, dass die CDU vielleicht doch nicht nur ein Kanzlerwahlverein ist.

Jan Thieme sieht bei der CDU auch einen Markenkern. Dabei muss er wohl die 50er- und 60er-Jahre gemeint haben. Danach schwimmt ein solcher immer mehr im Prozess der Machterhaltung. Seit 16 Jahren herrscht das Durchmerkeln durch die Slalomstangen der Tagespolitik. Eine „reine Lehre“ kann sich übrigens keine Volkspartei leisten. Dazu ist die Welt inzwischen zu komplex und die Menschen und ihre Meinungen zu heterogen. Die in der Nachkriegszeit schon etwas verstaubte reine sozialistische Lehre der SPD wurde erst durch das Godesberger Programm überwunden. Erst von da an begann der Aufstieg der SPD ins Kanzleramt 10 Jahre später. Da stimme ich Jan Thieme zu.

Eine fast reine Lehre kann sich nur eine kleine Partei leisten. Deshalb hat die FDP als dezidiert liberale und marktwirtschaftliche Partei auch nur 11-12%, was ich sehr bedaure. Bei den Linken hätte ihre reine Lehre gerade den Rauswurf aus dem Bundestag bedeutet, wenn es die umstrittene Grundmandatsklausel nicht gäbe. Bei den Grünen wird die „Reinheit der Lehre“ der entscheidende Punkt sein, ob sie als Öko-Klima-Klientelpartei unter 20% bleibt oder ob sie darüber hinaus kommt. Das hat Winfried Kretschmann gerade in Oxford mit anderen Worten offen ausgedrückt.

Ich verstehe schon, dass der Sozialdemokrat Jan Thieme erneut Angela Merkel heftig verteidigt. Das passt zu der gängigen These, dass Angela Merkel die CDU sozialdemokratisiert habe, was Jan Thieme vehement bestreitet.

⁹ Vgl. zum „politischen Nachhaltigkeitsproblem“ Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, S. 196ff und S. 265ff.

¹⁰ Dort wörtlich „... *dürften die meisten Politiker der Union sich vermutlich als Konservative definiert haben*“ und „... *Erklärung ist, dass Merkel selbst immer stärker links-grün wurde und immer weniger zu einer konservativen Partei passte, die die Union früher einmal war.*“

Die SPD war für die innen- und außenpolitisch prinzipienschwache Merkel ein viel bequemer Koalitionspartner als 2017 die FDP und die Grünen in einer alternativen Jamaika-Koalition, mit denen man hätte argumentieren müssen. Der SPD musste sie nur, was ihr gar nicht schwerfiel, sozialpolitische Zugeständnisse machen. Dann war die weitere Kanzlerschaft gesichert. Das galt trotz der temporären ideologischen Querschüsse von Saskia Esken, Kevin Kühnert und Co, die für die Regierungspolitik nichts bewirkt haben. Vermutlich haben sie inzwischen selbst erkannt, dass die SPD ohne eine weitere große Koalition mit der CDU vermutlich nicht demnächst den Kanzler stellen würden.

Am Ende möchte ich noch zwei Beispiele für spontane Wendungen bei zentralen Politikthemen erwähnen, die von Merkels nicht nur ohne Konzept und ohne Diskurs, sondern auch ohne Rücksicht auf die europäischen Partner und zu deren Mißfallen egomanisch durchgesetzt wurden.

Das erste Beispiel betrifft die Energiewende, die zunächst vor allem einen Ausstieg aus der Kernenergie beinhaltete. Nachdem vorher (schon in Merkels Kanzlerschaft) eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke beschlossen und vertraglich vereinbart worden war, änderte sich alles plötzlich durch den Tsunami in Fukushima im März 2011, der eine Havarie des küstennahen Kernkraftwerks zur Folge hatte. Obwohl es keinerlei Zeitdruck gab (in Deutschland sind Tsunamis keine Gefahr), setzte Angela Merkel den Ausstieg aus der Kernenergie unter dem Beifall der Grünen energisch durch. Dies erfolgte eher unsystematisch und kopflos, zu sehr hohen Kosten und ohne Rücksicht auf die zukünftige Versorgungssicherheit. Die dafür erforderlichen Stromtrassen von den Windkraftanlagen im Norden nach Süddeutschland existieren auch nach 10 Jahren erst in rudimentären Anfängen.

Aus der Sicht von 2011 mit den dortigen politischen Verhältnissen und Anti-AKW-Gruppen hätte man eine solche Entscheidung gegebenenfalls treffen können,¹¹ wenn dem eine profunde und umfassende gesellschaftliche Diskussion vorangegangen wäre, in der nicht nur Politiker, Aktivisten und Lobbyisten zu Wort gekommen wären, sondern auch ausgewiesene Experten, die nicht nur mehr Fachkompetenz, sondern auch einen umfassenderen und längerfristigen Blick gehabt hätten. Das Stirnrunzeln (bzw. die Fassungslosigkeit) anderer Länder konnte man leicht übersehen. Wir Deutsche wissen ohnehin alles besser.

Heute ist zwar nicht die CO₂-Problematik aber die politische Lage eine andere. Da jetzt viele Gruppierungen, Parteien und Medien die Klimaerwärmung für das größte Problem Deutschlands überhaupt halten, übertreffen sich etliche Politiker applausheischend durch immer schnellere Ausstiege aus der Kohleverstromung. Wie bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus sowohl der Kohle als auch der Kernenergie die Versorgungssicherheit garantiert werden könnte, ist eine völlig offene Frage, wenn man die deutsche Diskussion (insbesondere in den Medien) verfolgt. In etlichen anderen Ländern ist man auch dabei rationaler und ehrlicher und plant nicht nur den Weiterbetrieb, sondern auch den Neubau zusätzlicher Kernkraftwerke.¹² Die Klimaziele dürften nur dann zu erreichen sein, wenn die Kernkraft auch in Deutschland zukünftig aktiv genutzt wird. Mit dem jetzigen Blick auf 2011 war der Merkelsche Ausstieg eine

¹¹ Allerdings war Angela Merkel schon vier Jahre vorher in Grönland, um in einem roten Anorak ihre Klimawandel-Betroffenheit fernsehgerecht zur Schau zu stellen. Die gute Botschaft hätte ich ihr gerne geglaubt, wenn daraus etwas für die Klimapolitik gefolgt wäre. Nach den schönen TV-Bildern kam aber nichts mehr, weil ihr die politischen Kosten zu hoch waren. Der AKW-Ausstieg brachte mehr Applaus von Grünen und Medien. Das die Physikerin Merkel den Zusammenhang zwischen Klimapolitik, Kernkraftausstieg und Versorgungssicherheit nicht gesehen hat, halte ich für ausgeschlossen.

¹² Warum kam das in den deutschen Medien kaum vor? Etwa weil die Journalisten selbst Energiepolitik machen wollten statt zu analysieren und zu kommentieren? Noch heute tun die Journalisten der Regierungssender ARD und ZDF so, als sei die französische Energie- und Klimapolitik vom Teufel inspiriert.

dramatische Fehlentscheidung. Auch die Union, die damals schon an der Macht war, hat das nicht verhindert -- etwa wegen inhaltlicher Leere bei diesem Thema?

Das zweite Beispiel ist die Merkelsche Grenzöffnung ab September 2015. Die Kritik daran richtet sich ausdrücklich nicht darauf, dass Flüchtlinge, die im Bürgerkriegsland Syrien an Leib und Leben bedroht waren, in Deutschland aufgenommen wurden. Das hat so gut wie jeder verstanden und bejaht.

Das Kernproblem war der Kontrollverlust, der durch die konzeptionslose Grenzöffnung entstanden ist und einen (nicht nur psychologischen) Verlust an staatlicher Integrität und demokratischer Selbstbestimmung nach sich gezogen hat. Außerdem hat er einen starken Pull-Effekt erzeugt, der viele zigtausend Nichtverfolgte aus Vorderasien und Afrika motiviert hat, sich ebenfalls auf den Weg zu machen. Es wurde oft nicht einmal die Identität und die Herkunft festgestellt. Das Wegwerfen oder Verstecken von Pässen war die praktikable Zugangsmethode und das Auslesen von Handies durch die Sicherheitsbehörden galt als unfein oder illegal. In vielen europäischen Ländern ist die deutsche Praxis (mindestens) mit Verwunderung zur Kenntnis genommen worden. Dort wusste man offenbar besser als in Deutschland, dass die Quellgebiete der Migration unerschöpfliche Wanderungsreserven enthielten. Vor diesen Hintergrund war Merkels flapsiger Satz „Wir schaffen das“ eine unverständliche Fremd- und Selbsttäuschung, die die offensichtlichen Anreizstrukturen ausgeblendet hat.

Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik ist vielfach zitiert worden. Politiker, die für ein ganzes Gemeinwesen Verantwortung tragen (also nur dessen Vertreter sind), sollten letztere zur Richtschnur ihres Handelns machen. Medialen Beifall gibt es mehr für erstere. Die Merkelsche Grenzöffnung ist von Jan Thieme als christlich fundierte Flüchtlingspolitik interpretiert worden. Viele Zeitzeugen meinen, die Machtpolitikerin Merkel habe sich primär vor den Fernsehbildern von „Migranten vor geschlossener deutscher Grenze“ gefürchtet, die ihr Image hätten beschädigen können.

Ich vergleiche das mit ihrer Behandlung der afghanischen Ortskräfte und Entwicklungshelfer, für die die deutsche Regierung die direkte Verantwortung trug (anders als für nordafrikanische Migranten 2015/16), vor dem überhasteten Abzug aus Afghanistan im August 2021. Sehr viele von denen wurden von der deutschen Regierung (insbesondere von Angela Merkel, Heiko Maas, Annegret Kramp-Karrenbauer und Gerd Müller) ihrem Schicksal unter den Taliban überlassen, weil sie nicht (wie die Franzosen und andere) schon im Mai mit der Evakuierung begonnen hatte. Das war ein jämmerliches Bild nicht nur des Dilettantismus deutscher Regierungspolitik, sondern auch von deren Charakterlosigkeit und Zynismus. Die TV-Bilder hören bald auf, haben sie wohl gedacht. Dann wird es irrelevant. Und so war es dann auch. Wieviele Ortskräfte in Afghanistan immer noch in täglicher Todesangst leben, möchte ich lieber nicht wissen.

In der CDU gab es 2015/16 zwar einiges Gegrummel, aber viel mehr auch nicht. Wenn die Partei im September 2015 auch für die Migration noch kein Konzept hatte, hätte sie es bis zum Frühjahr 2016 erarbeiten und diskutieren können. Als die frischgewählte Parteivor-sitzende Kramp-Karrenbauer fast drei Jahre später einen solchen Versuch machte, wurde sie von Angela Merkel quasi kaltgestellt und der Versuch abgebrochen. Welche andere Partei würde sich so etwas bieten lassen? Nur ein diskurs-averser Kanzlerwahlverein.

Es wurde damit jedoch auch noch ein anderes Problem erzeugt, nämlich die quantitative Relevanz der AfD. Schon deren Gründung hatte einen starken Merkel-Bezug. Da diese ihre eigenen Positionen häufig für „alternativlos“ erklärte, um nicht argumentieren zu müssen, hat die damalige Partei der Proteste gegen die Euro-Rettungsschirme sie in ihrem Namen (Alternative für Deutschland) quasi zitiert. Dennoch wäre die AfD nach ihrem Katastrophen-Parteitag im Sommer 2015 vermutlich den Bach runtergegangen, wenn Angela Merkel sie nicht durch ihre

Grenzöffnung gerettet und genährt hätte. Der Wählerprotest dagegen (im Osten und anderswo) hat die Partei groß gemacht und gleichzeitig nach rechts verschoben.¹³

Als kleine Randpartei wäre die AfD unproblematisch, da es in Demokratien fast überall links- und rechtsradikale Parteien gibt. Da sie jedoch in den östlichen Bundesländern oft 20-25% der Stimmen erzielt, haben die CDU, die anderen Parteien und die Demokratie ein veritables Problem, da die AfD als Paria gilt und für Regierungsbildungen nicht in Betracht kommt. Das ist eine weitere Merkel-Hypothek, die noch lange drücken wird.

Nun könnte man hoffen, dass die CDU in der Opposition ihre inhaltlichen Positionen wieder schärft oder neu entwickelt. Denn die Gegenrede der Opposition ist ein elementarer Bestandteil jeder Demokratie. Und nur eine Oppositionspartei, die so aufgestellt ist, dass sie die Chance hat, bei den nächsten Wahlen die Regierung abzulösen, setzt letztere unter den Leistungsdruck, den sie braucht, um nicht in träge Machtarroganz zu verfallen.

Aber gegenwärtig sieht es bei der CDU nicht so aus. Statt inhaltlich tragfähige Positionen zu erarbeiten, machen sie erst einmal Personalpolitik, stürzen ihren gerade erst gekürten Vorsitzenden und wollen schon nach kurzer Zeit einen neuen wählen. Auch hier folgen sie der SPD früherer Jahre.

D14-8

Bundesverfassungsgericht zu Diensten der Regierung?

Gewaltenteilung im Abbau

Ist es in Deutschland besser als in Polen?

Jörn Kruse

Zur Zeit steht Polen am Pranger der EU. Die Vorwürfe lauten erstens, dass die polnische Regierung die Gerichte aus politischen Motiven unter Druck setzt, was zu einer Beeinträchtigung des Rechtsstaates und zur Beseitigung der Gewaltenteilung in Polen führt. Zweitens wird in Brüssel die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts kritisiert, wonach einzelne Artikel des EU-Vertrages der polnischen Verfassung widersprechen und damit aus polnischer Sicht unwirksam sind.

Polen wird vorgeworfen, dass es die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt bzw. beseitigt und sie quasi der Kontrolle der Regierungspartei PiS („Recht und Gerechtigkeit“) unterworfen habe. Das geschah unter anderem durch Zwangspensionierungen (vor der bisher üblichen Zeit) von bestimmten Richtern und durch Einrichtung einer „Disziplinarkammer“, die im Wesentlichen von PiS-Leuten besetzt ist. Deren Zweck besteht darin, die Richter einzuschüchtern und in ihrer Rechtsprechung auf Regierungskurs zu bringen. Diese Vorwürfe an die Adresse der polnischen Regierung sind in der Tat gravierend.

¹³ Warum Jan Thieme statt der Defacto-AfD-Parteigründerin Angela Merkel die Herausgeber von Diskurs, die beide schon 2015 (also bereits zwei Jahre nach der Gründung) sämtliche Parteifunktionen (insb. die Parteivorsitze von Schleswig-Holstein und Hamburg) niedergelegt haben, in seinem Kommentar vorwurfsvoll adressiert, möge er mal erklären.

Die Beseitigung oder Einschränkung der Unabhängigkeit von Gerichten ist ein typisches Merkmal von Diktaturen, autoritären Staaten und solchen, die ein mangelhaftes Verständnis von Staatlichkeit, Rechtsstaat etc. haben und oft nach elementaren Machtstrukturen funktionieren (Militär, Revolutions-Komitees, bewaffnete Milizen, Stammesstrukturen, religiöse Führer, die sich auf höhere Weisheiten berufen etc. Die Staaten mit fehlender Unabhängigkeit von Gerichten und insgesamt mangelnder Gewaltenteilung dürften auf der Welt zahlenmäßig in der deutlichen Mehrheit sein.

Dies gilt jedoch nicht in Europa und anderen Ländern der „westlichen Welt“ inkl. der angelsächsischen und Japan. Es ist kein Zufall, dass letztere zu den Ländern mit höherem Pro-Kopf-Einkommen und höherer Lebensqualität sowie Geltung bürgerlicher Freiheits- und Menschenrechte zählen. Ausnahmen davon sind z.B. China und einige erdölexportierende Länder, in denen die Eliten zwar reich, die Länder aber von Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung weit entfernt sind.

Der Begriff „Gewaltenteilung“ bezeichnet das Prinzip, die staatliche Macht in einer Gesellschaft auf mehrere Institutionen zu verteilen, die voneinander (weitgehend) unabhängig sind. Viele gesellschaftliche Fortschritte der vergangenen Jahrhunderte lassen sich in einen systematischen Zusammenhang mit zunehmender Aufteilung der Gewalten bringen.¹⁴ Die Gewaltenteilung, die Rechtsstaat und Demokratie ermöglicht hat, ist heute ein Grundpfeiler dessen, was man die „politische Zivilisation der Moderne“ nennen könnte.

Auch wenn die Forderung nach einer Gewaltenteilung weit älter ist und mit ähnlichen Begründungen bis in die Antike zurückreicht, ist unsere heutige Vorstellung einer Gewaltenteilung von Montesquieu geprägt worden. Die Aufteilung der Macht auf die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative ist ab 1748 nach dem Erscheinen seines epochalen Werks *De l'Esprit des lois* (*Vom Geist der Gesetze*) zu einem Kernelement der politischen Philosophie und Staatstheorie geworden. Frühe Formulierungen sind schon geprägt von einer elementaren Einsicht in das „Wesen des Menschen“ bezüglich des Fehlens einer endogenen Machtkontrolle, unter anderem:

„Eine ewige Erfahrung lehrt jedoch, dass jeder Mensch, der Macht hat, dazu getrieben wird, sie zu missbrauchen. Er geht immer weiter, bis er an Grenzen stößt. Wer hätte das gedacht: Sogar die Tugend hat Grenzen nötig. Damit die Macht nicht mißbraucht werden kann, ist es nötig, durch die Anordnung der Dinge zu bewirken, daß die Macht die Macht bremse.“ (Charles de Montesquieu 1748 in „Vom Geist der Gesetze“)

„Entwirft man ... ein Regierungssystem, in dem Menschen über Menschen herrschen, dann besteht die große Schwierigkeit darin: es zuerst zur Herrschaft zu befähigen, und es dann darauf zu verpflichten, sich selbst unter Kontrolle zu halten. Die Abhängigkeit vom Volk ist zweifellos das beste Mittel, staatlicher Macht Schranken zu setzen; aber die Menschheit hat aus Erfahrung gelernt, daß zusätzliche Vorkehrungen nötig sind.“ (James Madison 1787 in den Federalist Papers).

Eine Aufteilung der Macht auf die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative ist jetzt die klassische Vorstellung einer staatlichen Gewaltenteilung. Eine darüber hinausgehende

¹⁴ Ein früher Fortschritt war die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht durch die schrittweise politische Entmachtung der Kirchen im europäischen Mittelalter und in den nachfolgenden Jahrhunderten. Ein weiterer Fortschritt waren die Überwindung des Absolutismus und anderer autoritärer Machtkonstellationen durch differenziertere Herrschaftsstrukturen und damit eine stärkere Machtverteilung in der Folge der Aufklärung. In dieser entstand die Idee einer Gewaltenteilung, durch die später eine Ausdifferenzierung des Staates erfolgen konnte.

Gewaltenteilung zwischen verschiedenen staatlichen Institutionen lässt weitere Vorteile für die Machtbegrenzung, Dezentralisierung und Effizienz in einem demokratischen Staat erwarten. Letzteres basiert funktional oft auf den Vorteilen von Arbeitsteilung und Spezialisierung insbesondere von solchen Institutionen, die heterogene Aufgaben haben, unterschiedlichen Kriterien genügen sollen und evtl. verschiedene Zeitperspektiven aufweisen.¹⁵ Hinzu kommen die Leistungssteigerungen durch Wettbewerb und/oder horizontale Vergleichsmöglichkeiten.

Dies gilt insbesondere in einem modernen Staat, der seine organisatorischen Einheiten in vielfältiger Weise differenziert und spezialisiert hat, um der zunehmenden Komplexität der Sachzusammenhänge und den gewachsenen Ansprüchen der Bürger gerecht werden zu können. Dies funktioniert bezüglich der Akteure in den staatlichen Fachinstitutionen in der Regel ganz gut, weil diese fachlich adäquat rekrutiert werden und ihre Karrieren prinzipiell nach Leistungsgesichtspunkten erfolgen.

Probleme gibt es nicht selten dadurch, dass die Regierungsparteien die Macht haben, personell über die Vorstände staatlicher Institutionen zu entscheiden, weil sie über ein Legitimationsmonopol verfügen.¹⁶

Da die Parteien meistens nicht die Selbstbeherrschung haben, zum Wohle der Gesellschaft auf eine eigene Machtausweitung und Postenbesetzung zu verzichten (wie im o.g. Zitat von Montesquieu), um immer die „fachlich Besten“ zu berufen, kommt es oft zur Parteipolisierung von Fachinstitutionen. Dies hat wiederum Folgewirkungen auf weitere Ernennungen und Verhaltensweisen, was für die Qualität und Funktionalität fast immer von Nachteil ist.¹⁷

Wenn wir heute über Gewaltenteilung sprechen, haben wir offenbar schon vergessen oder implizit akzeptiert, dass die angedachte Gewaltenteilung zwischen der Legislative und der Exekutive in der Parlamentarischen Demokratie zur leeren Formalie degeneriert ist. Die Regierung wird vom Parlament gewählt und erhält nur über diese eine demokratische Legitimation. Regierung und Parlament werden von den gleichen Parteien dominiert, sind also voneinander keineswegs unabhängig. Die meisten Regierungsmitglieder sind gleichzeitig Parlamentsabgeordnete, also nicht einmal personell separiert. In der Parlamentarischen Demokratie beschränkt sich das Parlament (bzw. deren koalitions-verhandelte Mehrheit) meistens auf die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers der Regierung. Wo ist da noch eine Gewaltenteilung, die mehr ist als eine juristische Fiktion?

Der Rest von Gewaltenteilung konzentriert sich in Parlamentarischen Demokratien also auf die Unabhängigkeit der Gerichte von der Politik und den Parteien. Deren inhaltliche und budgetäre Unabhängigkeit sollte man in Deutschland und in den meisten europäischen Ländern auch nicht

¹⁵ Die im staatlichen Bereich zu treffenden Entscheidungen sind heterogen und fachlich derartig unterschiedlich, dass es für die Qualität der Ergebnisse vorteilhaft ist, die Entscheidungen unterschiedlichen Institutionen zuzuweisen, die spezialisiert sind und eine einschlägige Fachkompetenz haben. Eine moderne Gesellschaft ist von einer hohen Komplexität gekennzeichnet, sodass viele Zusammenhänge nur für spezialisierte Personen durchschaubar sind. Das Prinzip der Spezialisierung wird in weiten Bereichen des Lebens, der Wirtschaft, der Unternehmen, der Gesellschaft und der Institutionen angewandt. Die Spezialisierung und Funktionstrennung sind wesentliche Voraussetzungen für Effizienz und Wohlstand.

¹⁶ Die Parteien in den Parlamenten sind die einzigen, die über eine demokratische Legitimation verfügen. Vgl. zum Legitimationsmonopol Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 33ff und S. 209ff.

¹⁷ Um diesbezüglich eine weitere Machtausweitung der Parteien zu verhindern, müsste man die Personal-Besetzung in Fachinstitutionen von den Parteien unabhängig machen, u.a. durch eine Gewaltenteilung zwischen Regierung und Fachinstitutionen. Vgl. zum Problem und seine Lösung Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 31ff.

grundsätzlich in Frage stellen.¹⁸ Die Parteien wären jedoch nicht diejenigen, die wir ansonsten kennengelernt haben, wenn sie nicht versuchen würden, ihre schon sehr umfangreiche Macht auch noch auf die Gerichte auszuweiten. Das Einfallstor dafür ist die Richterernennung, womit in der Praxis die personelle Unabhängigkeit der Richter potentiell in Frage gestellt wird. Über die Richterernennungen auf den höheren Ebenen wird nämlich z.B. in Deutschland durchgängig von Politikern oder durch Richterwahlausschüsse entschieden, die ebenfalls überwiegend parteipolitisch besetzt sind.

Besonders bedeutsam wäre die tatsächliche personelle Unabhängigkeit aller Richter, die auch über politische Entscheidungen zu urteilen haben, z.B. im Bundesverfassungsgericht und in anderen höchsten Gerichten (Bundesgerichtshof, Bundesarbeitsgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundessozialgericht, Bundesfinanzhof). Diese gehören zu den wenigen Institutionen des Staates, die noch parteiunabhängige Funktionen gegenüber den Politischen Institutionen (also Parlament und Regierung) innehaben, indem sie Entscheidungen des Parlaments, der Regierung und anderer Institutionen überprüfen und gegebenenfalls sanktionieren können.

Die sechzehn Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Alle Mitglieder beider BVG-Senate werden also von Politikern derjenigen Parteien gewählt, über deren Entscheidungen sie ggf. zu urteilen haben. Die Parteien sind sich bei der Berufung von Verfassungsrichtern der politischen Bedeutung dieser Positionen sehr wohl bewusst und agieren entsprechend.¹⁹ Es ist mehrfach deutlich geworden, dass die Parteien dabei auch ihre eigenen parteipolitischen Interessen im Blick haben. Damit missbrauchen sie ihr Legitimationsmonopol zur Ausweitung ihres Einflusses auf das Gericht und reduzieren damit dessen Wert. Ähnliche Interessenkonstellationen gibt es auch in Landesverfassungsgerichten, wenngleich diese im Detail unterschiedlich ausfallen.²⁰

Die Politik-Dominanz gilt auch für die obersten Gerichtshöfe des Bundes, die von einem Richterwahlausschuss besetzt werden. Dieser besteht je zur Hälfte aus den für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Landesministern und aus vom Bundestag gewählten Mitgliedern und entscheidet gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Bundesminister über die Besetzung der Richterposten an den obersten Gerichtshöfen des Bundes. Die Mitglieder des Richterwahlausschusses sind also selbst überwiegend Parteipolitiker der Regierungen oder der Parlamente.

¹⁸ Die inhaltliche Unabhängigkeit wäre eingeschränkt, wenn Politische Institutionen die Urteile von Gerichten vorgeben, ändern oder selbst treffen könnten. Das ist in Deutschland weder formal noch für die Praxis relevant. Die budgetäre Unabhängigkeit wäre nur dann ein Problem, wenn die Politiker den einzelnen Gerichten nur unzureichende Ressourcen zur Verfügung stellten, sodass diese ihre Kontrollaufgaben ihnen gegenüber nicht adäquat wahrnehmen könnten.

¹⁹ Das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages für die Wahl eines neuen Verfassungsrichters hat in der Praxis dazu geführt, dass häufig ein „politischer Kuhhandel“ erfolgt ist. Dies ist zwar politisch üblich, aber unangemessen für hohe Richterpositionen. Es schwächt die richterliche Autorität, wenn jeder weiß, auf welchem Parteiticket ein Richter in die Position gelangt ist. Dies gilt auch dann, wenn später kein expliziter parteipolitischer Einfluss auf die Urteile nachgewiesen werden könnte.

²⁰ Zum Beispiel werden alle neun Mitglieder des Hamburgischen Landesverfassungsgerichts vom Landesparlament (Hamburgische Bürgerschaft) gewählt. Die jeweilige politische Mehrheit der Bürgerschaft entscheidet also über diejenigen Personen, die ggf. die Entscheidungen der Bürgerschaft oder des Senates (Hamburger Landesregierung) unter Verfassungsgesichtspunkten überprüfen.

Für die Wahl von Berufsrichtern unterhalb der bisher genannten Gerichte existieren in den meisten Bundesländern ebenfalls Richterwahlausschüsse. Zum Beispiel sind von den vierzehn Mitgliedern des Hamburger Richterwahlausschusses neun Mitglieder selbst Politiker und Angehörige der Exekutive (Senatoren oder Staatsräte) oder der Legislative oder sind von diesen abhängig. Die drei Richter und zwei Rechtsanwälte werden zu Mitgliedern des Richterwahlausschusses auf Vorschlag der Richter der Hamburgischen Gerichte bzw. auf Vorschlag der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ebenfalls von der Bürgerschaft gewählt. Für diese fünf nichtpolitischen Mitglieder des Richterwahlausschusses kann man annehmen, dass ihre Aufstellung nicht parteipolitischen Kalkülen folgt (wenngleich sie ebenfalls Parteimitglieder sein können). Für die neun „politisch gewählten“ Mitglieder kann man das hingegen nicht unterstellen.

Ein zusätzliches Problem, das vom soeben erörterten zu unterscheiden ist, betrifft die Ernennung aktueller oder ehemaliger Politiker zu Richtern am Verfassungsgericht. Politiker sind in der Regel in einem mehrjährigen Prozess als Mitglieder der Politischen Klasse sozialisiert worden, die nach anderen Kriterien (Macht, Einfluss, Opportunität, Popularität) funktioniert als z.B. die Gerichte (gerechte und fachlich überzeugende Urteile) oder die Wissenschaft (Erkenntnisgewinn, Wahrheit). Außerdem werden Politiker nicht nur allgemein politisch, sondern jeweils partei-spezifisch sozialisiert, was die Wertvorstellungen, Ideologien, Gerechtigkeitsvorstellungen etc. beeinflusst. Politiker sind insofern (ganz unabhängig von ihrer Fachkompetenz) die am wenigsten geeigneten Kandidaten für Richterposten.

Für solche problematischen Ernennungen von Parteipolitikern zu Verfassungsrichtern, die die letzte verbliebene Gewaltenteilungsschranke personell einreißt, gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Hier nur eins: Im November 2018 ist es der CDU unter Angela Merkel mit der Mehrheit und der Macht der großen Koalition gelungen, mit Stephan Harbarth ein Mitglied aus ihrer Bundestagsfraktion zum Verfassungsrichter zu ernennen und im Juni 2020 sogar zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Das war (und ist) ein gravierender Verstoß gegen die Gewaltenteilung und die Reputation des Bundesverfassungsgerichts. Eigentlich hätte ich der Kanzlerin und den Staatsparteien CDU, CSU und SPD etwas mehr verfassungsmäßigen Anstand und staatspolitische Klugheit zuge-
traut.

Dass das Bundesverfassungsgericht als Hüterin des Grundgesetzes zahlreiche Klagen gegen die gravierenden Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Pandemie nicht angenommen und/oder nicht behandelt hat, ist von einigen Kritikern im Kontext der parteipolitischen Harbarth-Ernennung beurteilt worden. War die Nichtbehandlung der Dank dafür, dass die Kanzlerin den Wirtschaftsanwalt und CDU-Hinterbänkler zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (also in die Top-Position der gesamten deutschen Judikative) befördert hatte? Das Gericht und die Regierung betrachten eine solche Kritik natürlich als Polemik. Aber selbst ein entsprechender Verdacht ist für ein Gericht wie das Bundesverfassungsgericht fatal.

Eine ähnliche Problematik hatte das vom Bundesverfassungsgericht initiierte Abendessen im Kanzleramt, bei dem die Tagesordnung von den Richtern selbst vorgeschlagen wurde. Diese beinhaltete (zufällig?) gerade ein aktuell anhängiges Verfassungsgerichtsverfahren (Corona-Pandemie), wobei nur die Bundesregierung (Justizministerin Lambrecht) als eine der beiden Verfahrensparteien die Möglichkeit zur Erläuterung der eigenen Position hatte.

Dass sowohl das Verfassungsgericht als auch die Kanzlerin so wenig Gespür für Gewaltenteilung und Verfahrens-Fairness hatten, ist schon sehr erstaunlich. War das bei

Harbarth, der vor seiner BVG-Ernennung noch nie ein Richteramt innehatte, seine Unkenntnis und mangelnde richterliche Sozialisation?

Solche Vorkommnisse zeigen, dass die Ernennung von Politikern zu Verfassungsrichtern (und anderen Richterposten) durch Politiker der gleichen Parteien ein doppeltes Problem beinhalten kann. Es werden von den Falschen die Falschen ausgewählt.

Ich bin früher einmal davon ausgegangen, dass das Bundesverfassungsgericht quasi der institutionalisierte „weiße Ritter“ ist, der die Bürger vor dem potentiellen Machtmißbrauch der Parteien schützt. Seit einiger Zeit glaube ich das nicht mehr.

Die Ernennung von Richtern durch Politiker ist vergleichbar mit einer Verletzung des Prinzips der Trennung von Spieler und Schiedsrichter²¹ und ein gravierender Verstoß gegen die Gewaltenteilung. Dass dies trotzdem erfolgt und immer noch Bestand hat, beruht auf dem Legitimationsmonopol der Parteien bzw. auf dem Fehlen einer alternativen Institution mit demokratischer Legitimation, die die Ernennung der Verfassungsrichter und anderer Richter unabhängig von den Parteien durchführen könnte.

Als Lösungsweg hat der „Deutsche Richterbund“ vorgeschlagen, das System in eine „Selbstverwaltung der Justiz“ umzuwandeln. Dieser Vorschlag würde die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Judikative von der Exekutive und der Legislative ganz erheblich stärken. Außerdem ist er auch insofern sachgerecht, als die Richter in aller Regel die fachliche Qualität von Kollegen besser beurteilen können als die Politiker. Bei diesem Vorschlag fehlt der Richterernennung allerdings die formale demokratische Legitimation. Wenn man die Gremien, die sich der Richterbund vorstellt, stattdessen vom Bürgersanat wählen oder bestätigen ließe, hätte der Vorschlag einige Ähnlichkeit mit der Lösung der „Demokratischen Reformkonzeption“.²² Dort erfolgt die Ernennung von Verfassungs- und Bundesrichtern sowie von Mitgliedern in Richterwahlausschüssen durch einen Bürgersanat.²³ Dabei handelt es sich um ein Gremium, das von den Bürgern gewählt wird und das von der Parteipolitik unabhängig ist, da Politiker nicht zum Bürgersanat kandidieren können.

Solange ein solches Gremium mit demokratischer Legitimation, das nicht von Parteipolitikern dominiert ist, nicht zur Verfügung steht, könnte man die Juristen aller Disziplinen und Funktionsfelder bitten, ihresgleichen in ein Gremium aus hervorragenden Juristen aus Gerichten, Staatsanwaltschaften, Anwaltskanzleien, Universitäten, Verwaltungen, Unternehmen und anderen Institutionen zu wählen. Dieses wird dann pauschal (also nicht ad personam) von den Parlamenten in Bund und Ländern per Abstimmung demokratisch legitimiert. Dieses Juristen-Gremium wählt die Richterwahl-ausschüsse und Berufungsgremien, die benötigt werden. Ein solches Verfahren ist vom Vorschlag des Richterbundes strukturell nicht mehr weit entfernt.

²¹ Im Sport unterscheidet man zwischen Spielern, Schiedsrichtern und Regelsetzern. Die Zuordnung dieser drei Funktionen auf unterschiedliche Personen oder Institutionen (quasi eine Art Gewaltenteilung) ist eine wichtige Voraussetzung für faire und glaubwürdige sportliche Wettkämpfe. Bei einschlägigen politischen Themen fungieren jedoch als Regelsetzer wiederum die Spieler, also die Politiker. Sie machen die Gesetze, Verordnungen, Satzungen etc., nach denen sie und die anderen Institutionen „spielen“. Und sie ernennen auch noch die Schiedsrichter, manchmal sogar aus den eigenen Reihen.

²² Vgl. zur „Demokratischen Reformkonzeption“ ausführlich Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart.

²³ Vgl. zum Bürgersanat Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 177ff

Die deutsche und europäische Kritik an der Politik der polnischen PiS-Regierung gegenüber den Gerichten ist vollumfänglich gerechtfertigt. Allerdings sollte man vorsichtig sein, mit Steinen auf die polnische Regierung zu werfen, solange man selbst im Glashaus sitzt, weil auch hierzulande die Richter von Politikern ernannt werden. Dies gilt im Kern auch für den EuGH, der mit „for an ever closer union“ sogar einen politischen Auftrag hat, was dessen Autorität als Gericht stark herabsetzt.

Schwieriger ist es mit der Brüsseler Kritik an der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts, wonach einzelne Artikel des EU-Vertrages der polnischen Verfassung widersprechen. Die EU sieht darin eine Gefahr für den postulierten generellen Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht und damit eine Beeinträchtigung der Macht der EU-Institutionen.

Es ist jedoch im Kern eine politische Frage, wieviel Souveränität die Staaten nach Brüssel abgeben sollen und wollen, das heißt wie sehr die EU von einem kooperativen Staatenbund zu einem zentralen Bundesstaat mutiert (wird). Je mehr das erfolgt, desto schwächer ist die demokratische Kontrolle der Politiker durch die Bürger.

Vermutlich gibt es keinen größeren oder mittelgroßen Staat, der so naiv vom europäischen Bundesstaat träumt wie Deutschland. Die Mächtigen in Brüssel mit ihrer deutschen EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen haben wohl gedacht, ihre Probleme mit Polen alle in einem Zuge erledigen zu können und damit auch gleich einen Schritt zu mehr Zentralisierung und zu mehr „Macht in Brüssel“ zu machen. Das sehen allerdings viele Europäer und viele europäische Länder anders, nicht nur Polen und Ungarn. Für die Briten war es ein wichtiges Argument für den Brexit.

D14-9 Diskurs-Ecke

Ein starkes Stück Meinung, aber welche Realität wird darin abgebildet?

Kommentar zu D13-1: Land in Scherben von Ulrike Trebesius

Ralph Ehlers

Ich teile die Ansicht, dass sich nach 16 Jahren Regierung der gleichen Partei (zwar mit wechselnden kleineren Partnern) und der gleichen Kanzlerin eine bräsige Selbstzufriedenheit breit gemacht hat, in der Vieles liegengeblieben ist und auf vielen Politikfeldern der Wille und die Kompetenz zu Handeln in der CDU/CSU immer geringer geworden ist. Das Wahlergebnis drückt den Wunsch der Bevölkerung nach Wandel aus. So weit, so normal in einer Demokratie. Aber, unser Land – ein Scherbenhaufen, „zerschlagen und beschädigt“? 1648 und 1945, da war unser Land jeweils ein Scherbenhaufen! Jetzt hingegen haben wir zwar Reformstau, aber die Bundesrepublik ist ein blühendes Land, mit einer starken Wirtschaft, mit einer gefestigten Demokratie, mit enormen materiellen und intellektuellen Ressourcen, ein weltweit geschätztes oder zumindest geachtetes Land. So denken nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten, sondern auch die normalen Leute: warum wollen denn wohl so viele Flüchtlinge und Migranten gerade nach Deutschland? Weil sie glauben, dass sie hier sicher vor Verfolgung sind und hier die Chancen auf ein besseres Leben besonders hoch sind! Diese Migrationen machen uns zwar Probleme, aber wir sollten das eben auch als Beweis für das weltweit hohe Ansehen Deutschlands sehen.

Auch in konkret genannten Punkten, die den desolaten Zustand des Landes erläutern sollen, kann ich die Realität nicht wiedererkennen:

Im Artikel wird behauptet, die steigenden Energie-, Gas- und Benzinpreise wären das Ergebnis einer verfehlten grünen Politik. Das erscheint mir als sehr provinzielle, nur auf Deutschland fokussierte Sicht. Tatsächlich steigen die Energiepreise doch weltweit – zu einem großen Teil wegen der wirtschaftlichen Verwerfungen im Gefolge der Coronakrise. Zum anderen hat die GroKo nun nicht wirklich grüne Politik betrieben. Der Ausbau der Stromerzeugung mittels Wind und Sonne wurde in den letzten Jahren geradezu hintertrieben.

Die „neuen Flüchtlingsströme an der deutsch-polnischen Grenze“. Von Strömen kann man da ja wohl nicht sprechen. Der zynische Verursacher dieser Entwicklung sitzt in Belarus, nicht in der Berliner Regierung.

Die „gescheiterte Bildungspolitik“. Möglicherweise war das richtig so um die Jahrtausendwende. Seitdem hat sich sehr viel verbessert, sowohl vom Bund, wie von den Ländern her. Es ist sicher noch viel Luft nach oben, aber ein pauschaler Vorwurf des Scheiterns der Merkelgeführten Regierungen lässt sich nicht konstruieren.

Die „im Scheitern verharrende Coronapolitik“. Wo ist denn da das Scheitern? Haben wir eine Wirtschaftskrise? Waren die Krankenhäuser überlastet? Hat es eine exzessive Übersterblichkeit gegeben? Wenn man Deutschland mit anderen Ländern vergleicht, so muss man doch sehen, dass wir (bisher) zwar nicht makellos aber doch recht manierlich durch diese Krise gekommen sind. Politik, Institutionen und die Gesellschaft haben sich dieser Krise im Wesentlichen gewachsen gezeigt, obwohl sie es mit einem Ereignis zu tun hatten, für das es in der Geschichte der Bundesrepublik keinen Präzedenzfall gegeben hat und man daher – sehr undeutsch – viel per trial-and-error machen mußte.

Auch der Mangel an Fachkräften soll eine „konkrete Auswirkung der politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre“ sein? Der ist eine Auswirkung der allgemeinen demographischen Entwicklung und die hat wesentlich längere Zeitkonstanten als die Amtszeit der Merkelgeführten Regierungen. Die Tatsache, dass dieses Problem besteht, kann man diesen Regierungen nicht so einfach in die Schuhe schieben. Zu insinuieren, dass das Problem beseitigt wäre, wenn nur mehr junge Leute MINT-Fächer studieren würden, statt „Sozialarbeiter oder irgendwas mit Medien“ - was sie wegen des Versagens der Regierung tun – wird dem Problem in keiner Weise gerecht. Z.B. existiert Fachkräftemangel ja auch in nicht-MINT Berufen wie z.B. der Pflege. Der Umgang mit diesem Problem ist und bleibt politisch sicher eine Herausforderung, billige Polemik hilft dabei aber nicht mal ansatzweise.

Insgesamt habe ich den Eindruck, dass im Hintergrund dieses Artikels ein universelles Mißvergnügen der Verfasserin mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Lande steht und deswegen muss halt Alles so schwarz gezeichnet werden, dass die Realität dadurch nicht mehr beschrieben wird.